Informationen – Nachrichten – Mitteilungen

POLIZEI REPORT

G 6811
ISSN 0937-5333
Nr. 105 · Dez. 2010

BEZIRKSGRUPPE SÜDHESSEN IN DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI, POLIZEI-SOZIALHILFE HESSEN E.V. UND DER PSG POLIZEI SERVICE GESELLSCHAFT MBH HESSEN

POLIZEI REPORT

Informationen • Nachrichten • Mitteilungen
der Bezirksgruppe Südhessen
der Gewerkschaft der Polizei
und der Polizeisozialhilfe Hessen e.V.
und der Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

www.gdp.de/hessen

Polizei Service Gesellschaft MBH PSG HESSEN

für Südhessen mit den
Kreisen Groß-Gerau – Darmstadt – Bergstraße
Odenwald und PASt Darmstadt/Lorsch

Herausgeber:
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Tel.: (06 11) 9 92 27-0.
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jörg Bruchmüller (Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:
POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit, Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:
Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:
A. Jochum, St. Buschhaus
Redaktion:
GdP BZG Südhessen
Norbert Weinbach,
Uschi Hess
Die Bezirksgruppe im Internet:
www.gdp-bzg-suedhessen.de

Druck und Verarbeitung: NK-Vertrieb GmbH, Abt. NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12. Der Bezugspreis von 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.

Redaktionsschluß 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-5333)

Aus dem Inhalt

Vorwort **Seite 4**

Telefonieren bis der Digitalfunk kommt **Seite 5**

Pensionierung - die Zweite **Seite 6**

Polizeikicker: Das glückliche Ende für Groß-Gerau **Seite 7**

JHV der KG Groß-Gerau **Seite 9**

PP Dölger 40 Jahre im Dienst **Seite 10**

Vereinbarkeit von Familie und Beruf **Seite 11**

Ein Unikat, aber kein Unikum **Seite 12**

Flachbildschirm und Drucker für den Techno-Freak **Seite 13**

Neuer Vorsitzender des HPR der Polizei **Seite 15**

Elke Oswald neue Vorsitzende der GdP-Frauengruppe **Seite 16**

Benefizkonzert **Seite 16**

Volker Bouffier ist nun Ministerpräsident **Seite 17**

"Ausgekocht" **Seite 17**

Wir weinen ihm keine Träne nach **Seite 18**

Polizeiführungskrise **Seite 19**

Einen alten Baum verpflanzt man nicht **Seite 22**

Wer bestellt, der bezahlt **Seite 23**

PSHH bietet Hilfe in Notlagen **Seite 25**

Die Rechte der Senioren stärken **Seite 25**

Die verblödete Republik **Seite 27**

Ansprechpartner sind die Personalräte **Seite 28**

"Schuldenverbot" **Seite 29**

Skat-Turnier der KG Goß-Gerau **Seite 30**

Titelbild: Ausladen der GdP-Phone-Umschläge für die Mitglieder

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Antonio Pedron

das Jahr 2010 neigt sich dem Ende entgegen. Rückblickend darf man wohl sagen, es hat sich Einiges, teilweise Bewegendes, getan. Bürgerinnen und Bürger zeigten in den vergangenen Monaten immer deutlicher, dass sie mit den Entscheidungen der gewählten Volksvertreter nicht einverstanden sind. Sie gingen auf die Straße und demonstrierten offen gegen z.B. Castor-Transporte, den Rücktritt vom Atomausstieg oder Bauvorhaben wie Stuttgart 21. Diese Entscheidungen der Politik wollen sich Tausende einfach nicht mehr gefallen lassen. Während Theo Sarrazin mit seinem Buch „Deutschland schafft sich ab" für eine neue Integrationsdebatte in Deutschland sorgt, sorgen sich Merkel und Co leider mehr über das Umfragetief ihrer jeweiligen Partei und verstärken damit bei vielen Bürgern das Unverständnis für Ihre politischen Entscheidungen.

Gut, dass es die GdP gibt

In Hessen verlässt der Bezirksgruppenvorsitzende Rolf Büttner leider viel zu früh die menschliche Welt, Ex-Ministerpräsident Roland Koch wird Vorstandsvorsitzender des Baukonzerns Bilfinger & Berger, Volker Bouffier wird Ministerpräsident, Boris Rhein unser neuer Innenminister und LPP Norbert Nedela wird endlich entlassen. Auf die eine Nachricht reagierten viele sehr betroffen und bei der anderen waren sehr viele sehr erfreut. Roland Koch: Ich bin dann mal weg! In der hessischen Polizei findet ein Polizeipräsidenten-Karussell statt. Erstmals wird das HLKA von einer Frau geführt und alsbald Ziel von Ermittlungen. Nur Südhessen bleibt zu unserer Zufriedenheit unberührt von diesem Karussell.

Der Personalengpass bzw. der Personalmangel macht sich auch im höheren Dienst bemerkbar, so dass auch dort einige vakante Stellen nicht besetzt werden können. Die Nachwuchsgewinnung für den Höheren Dienst läuft glücklicherweise auf vollen Touren. Zwischenzeitlich haben einige Polizeipräsidenten, entgegen ihrer früheren schwachen Einschätzung (Stichwort Postkartenaktion) wieder den Weg zurück zur Realität und ihrer Verantwortung gefunden und erkennen den tagtäglich herrschenden Personalmangel. Die Folgen der früheren Fehleinschätzung werden nach meiner Meinung allerdings kaum jemals wieder gut zu machen sein. Heute wie damals denke ich, dass sich hier Führungskräfte zu dieser Aussage haben hinreißen lassen, die allen Polizeibeschäftigten geschadet hat. Gut, dass es die GdP gibt!

Verantwortung übernehmen

Mit dem Tod meines gewerkschaftlichen Ziehvaters Rolf Büttner stand und steht die Bezirksgruppe Südhessen vor einer neuen Herausforderung, die es in den kommenden Monaten und Jahren zu meistern gilt. Die Neubesetzung der Position des Vorsitzenden wird Veränderungen mit sich bringen, die wir gemeinsam angehen werden. Ich freue mich über das mir durch den Vorstand entgegengebrachte Vertrauen, das mich letztlich überzeugte, Rolfs Nachfolge anzutreten.

Neue Verantwortung zu übernehmen bedeutet für mich auch, alte abzugeben. Mit der Entscheidung, den BZG-Vorsitz zu übernehmen, beschloss ich gleichzeitig, mein Amt als Landesjugendvorsitzender zur Verfügung zu stellen und Platz zu machen für jüngere Kolleg/innen mit neuen spannenden Ideen. Ich bin kein Freund von Ämterhäufung und sehe mit Freude, dass die GdP, insbesondere in der JUNGE GRUPPE, über viele motivierte junge Kollegen/innen verfügt, die sich für Ge-

Der Vorstand der Bezirksgruppe Südhessen,
die Redaktion des Polizei-Reports Südhessen
und die Verlagsleitung wünschen
allen Mitgliedern, Lesern und Inserenten
ein harmonisches Weihnachtsfest
und ein glückliches und erfolgreiches Neues Jahr 2011.

werkschaftsarbeit interessieren und dafür begeistern lassen.

Ich freue mich sehr auf die Zusammenarbeit mit den Kreisgruppenvorständen, insbesondere mit deren Vorsitzenden Michael Majewski (Bergstraße), Reinhardt Wittke (Darmstadt-Dieburg), Thomas Walther (Odenwald) und Jörg Hartweck (DV/S). Gemeinsam mit dem Personalratsvorsitzenden Michael Schweikert und seiner Stellvertreterin Annerose Meierewert wollen wir nicht nur Akzente setzen, sondern auch bewegen und begeistern.

Mich begeistert die Stärke und Größe der GdP. Fast 12.000 Mitglieder in Hessen können nicht irren! Ich bin überzeugt, dass die Polizei eine große und starke Gewerkschaft braucht um in der Politik und bei der Bevölkerung zukunftsfähig zu bleiben. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) gewährleistet mit über fünf Millionen Mitgliedern, dass die Belange von Beschäftigten in Deutschland vertreten werden, unabhängig ihrer Tätigkeit. Jedes GdP-Mitglied muss wissen, dass es bei uns sehr gut aufgehoben ist. Wir als GdP müssen uns wahrlich nicht verstecken. Wir nehmen unsere Aufgabe ernst und melden uns, wenn es einmal nicht rund läuft, als Personalrat oder GdP, laut und deutlich zu Wort.

Frohe Weihnachten

Wir, der BZG-Vorstand mit seinen KG-Vorsitzenden, haben dieses Jahr für jedes Mitglied südhessenweit ein kleines einheitliches Weihnachtspräsent beschafft, das wir euch als Annerkennung für eure Treue schenken. Taschenkalender und Kalender für Büroräume wurden bereits per Post bzw. über die KG-Vorsitzenden verteilt.

Ich bedanke mich bei allen für die außerordentliche Unterstützung in den vergangenen Monaten. Ein besonderer Dank gilt meiner Dienstgruppe A in Rüsselsheim und meiner „Jugendsekretärin" von der Landesgeschäftstelle, Ruth Brunner, die mein gewerkschaftliches Engagement und meine personalrätliche Tätigkeit voll und ganz unterstützen. Abschließend bitte ich euch mit mir/mit uns in Kontakt zu treten, wenn „der Schuh mal drückt". Lob, Kritik oder Anregungen nehmen wir gerne entgegen.

Ich wünsche euch und euren Lieben ein gesegnetes und geruhsames Weihnachtsfest, einen guten Rutsch und für das Jahr 2011 viel Gesundheit und Zufriedenheit.

Antonio Pedron

Telefonieren bis der Digitalfunk kommt

Hessen liefert mittlerweile das kostenlose GdP-Phone 2.0 an die Mitglieder

Handys oder Mobiles, wie die schnurlosen Telefone im Ausland genannt werden, hat heutzutage fast jeder. Jeder hat meist auch einen mehr oder weniger individuellen, auf ihn zugeschnittenen Vertrag. Seit zwei Jahren verkauft das Sozialwerk der Polizei Sachsen (Wirtschaftsunternehmen der GdP Sachsen) aber ein so genanntes „GdP-Phone 2.0", mit dem Betriebsnetz von Vodafone. Neu hinzugekommen ist jetzt die Drillisch Telecom GmbH als unabhängiger Mobilfunkprovider. (Ein Provider ist ein Wiederverkäufer von Netzkapazitäten und –diensten). Mit diesem Angebot, gültig für zwei Jahre, soll den GdP-Mitgliedern der dienstliche Alltag erleichtert werden. Kündigungen sind möglich über gdp-phone-shop.de nach drei bzw. sechs Monaten.

Ein wenig humorvoll hat das Polizeisozialwerk Sachsen aufgelistet: „Wir bewegen was"! Bewegt werden 327 Kilo SIM-Karten, 4,9 Tonnen Handys und Zubehör, 1,6 Tonnen Papier. Das alles entspricht dem Gewicht von zwei Elefanten. Wer also ein GdP-Phone 2.0 bestellt, bestellt sich ein Stückchen Elefant.

Ausladen der Kisten mit den GdP-Phone-Umschlägen für die Mitglieder, v.l., Toni Pedron, Sachsens Geschäftsführer Uwe Kleine, Thomas Walter. nw

Anträge für GdP-Phones über die Kreisgruppen

Nunmehr hat auch Hessen begonnen mit der Umsetzung. Alle Bezirksgruppen erhielten Umschläge mit Informationen für jedes einzelne Mitglied und jedes Mitglied kann sich ein GdP-Phone 2.0 bestellen. Die Mitnahme der seitherigen Telefonnummer ist nicht möglich. Jeder Besteller bekommt mit seiner SIM-Karte auch eine neue Telefonnummer. Kolleg/innen, die bereits ein GdP-Phone 2.0 haben, sind begeistert. „Es funktioniert prima", haben sie gemailt. Es wird keine Grundgebühr verlangt und kein Mindestumsatz. Jeder Anmelder/jede Anmelderin bekommt für sich eine SIM-Karte und er/sie kann Partnerkarten für seine/ihre Familie bestellen. Eine Partnerkarte kostet einmalig fünf Euro Bearbeitungsgebühr. Die muss gesondert auf ein bestimmtes Konto überwiesen werden. Verbunden mit dem Vertrag ist eine Flatrate in das deutsche Festnetz und eine Flatrate im GdP-Phone 2.0-Netz. Damit kann man kostenlos ins Festnetz telefonieren, mit allen Partnern, aber auch kostenlos mit allen GdP-Mitgliedern, die ein solches Handy haben. Dieses Telefon ist natürlich auch frei geschaltet für alle Netze und kann sofort benutzt werden wie jedes andere Handy auch. Eine Rechnung gibt es nur über die Gebühren, die außerhalb der Flatrates entstehen, wenn ein Betrag von mindestens 10 Euro aufgelaufen ist. Rechnungen können nur im Abbuchungsverfahren bezahlt werden und nur von dem GdP-Mitglied,

das die ursprüngliche SIM-Karte und die Partnerkarte/n bestellt hat, nicht von irgendeinem anderen Mitglied/Partner. Innerhalb des Vodafon-Mobilfunknetzes kostet ein Anruf 0,11 Euro pro Minute, in andere Netze 0,29 Euro p/min. Zusätzlich kann man sich beim Sozialwerk Sachsen auch ein Handy bestellen oder das GdP-iPhone mit allen Leistungen des GdP-Phones und zusätzlicher Handysurfflat. Wer seine Mitgliedschaft in der GdP kündigt, dessen Telefon wird sofort gesperrt.

Handys gibt es anderswo auch billiger

Einige unserer Mitglieder haben schon Preisvergleiche angestellt. Die Handys sind nicht unbedingt billiger als anderswo. Das ist aber auch nicht der Anspruch des Sozialwerks Sachsen, wie Geschäftsführer Uwe Kleine bei der Präsentation des Angebotes im Rahmen einer Landesvorstandssitzung sagte. Weitere Fragen, kostenlos vom GdP-Phone, werden unter der Telefonnummer 035204/68755 beantwortet. Man kann auch eine Mail senden an . Wer sein Handy verliert, kann es sperren lassen unter der Telefonnummer 01525-6119110. Das kostet 18,47 Euro.

Mit einem Weinpräsent bedankten sich Jörg Bruchmüller, links, und Peter Wittig, rechts, bei Uwe Kleine und Susann Sanders von der GdP-Sachsen für die Präsentation des GdP-Phones 2.0. nw

Das GdP-Phone 2.0 wird bezahlt durch Telefonieren. Es nützt nichts, wenn man eine SIM-Karte bestellt und diese dann nicht frei schalten lässt. Ob dieses Telefon im Einzelfall notwendig und nützlich ist, muss jedes Mitglied für sich persönlich prüfen. Das gilt natürlich auch für alle Pensionär/innen. Zuständig für Hessen ist Peter Wittig, zu erreichen über die GdP-Geschäftsstelle in Wiesbaden, Telefon 0611-992270 oder über seine Dienstnummer 0611-3454109. Im Internet der GdP- Hessen (interner Bereich) wird eine Datenbank mit den Telefonnummern aller Phones erstellt, damit man auch weiß, mit wem man kostenlos telefonieren kann. Es werden keine Nummern der Partnerkarten eingestellt. Im internen Bereich sind auch alle Informationen über das GdP-Handy eingestellt. nw

Pensionierung – die Zweite!

Ferrari-Fan Berthold Schäfer feierlich verabschiedet

Berthold Schäfer ging zwei Mal in Pension. HO

Ende September war es soweit: POK Bertold Schäfer wurde in seinen wohlverdienten Ruhestand verabschiedet und das nicht zum ersten Mal!

Aufgrund seines damaligen Gesundheitszustandes wurde unser lieber Kollege Bertold das erste Mal vor sechs Jahren in den Ruhestand versetzt. Doch es dauerte nicht lange, da hatte er seinen Zustand wieder stabilisiert. Und von nun an setzte er alle Hebel in Bewegung, um weiterhin seinen Dienst bei der hessischen Polizei zu versehen. Aufgrund seines hartnäckigen und willensstarken Auftretens schaffte er es schließlich im August 2008 seine zweite polizeiliche Karriere zu beginnen. Als „waschechter" Biebesheimer hat es ihn sicherlich gefreut,

Dienststellenleiter Walter Klanitz, rechts, überreichte Berthold Schäfer die Pensionsurkunde. stes

nun Angehöriger der PSt Gernsheim zu sein und ab sofort auch in seinem Heimatort für „Recht und Ordnung“ zu sorgen.

Schäfer war nichts zuviel

In den Jahren zuvor hatte Bertold seinen Dienst in Darmstadt und seit 1979 in Pfungstadt versehen. So ließen es sich seine ehemaligen Kollegen aus Pfungstadt auch nicht nehmen, bei der Verabschiedung in der „Rheinhalle“ in Biebesheim dabei zu sein. Rainer Hensler, damaliger Dienstgruppenleiter, sprach unserem Pensionär seinen Dank aus und überreichte ihm im Namen der Pfungstädter Kollegen ein kleines Präsent. Sowohl der Dienststellenleiter der PSt Gernsheim, Walter Klanitz, als auch der Vorsitzende des Personalrats, Michael Schweikert, skizzierten in einer ehrenvollen Rede den beruflichen und privaten Werdegang unseres langjährigen Kollegen. Besonders erwähnenswert waren hierbei das Engagement und die wertvolle Unterstützung von Bertold Schäfer in seinen 40 Jahren bei der hessischen Polizei. „Bertold Schäfer zeichnete sich schon immer durch seine kameradschaftliche Art aus. Ihm war nichts zu viel, im Gegenteil, er ließ es sich nicht nehmen, auch am Fischerfesteinsatz in diesem Jahr teilzunehmen“, so Walter Klanitz. Auch sein aktueller Dienstgruppenleiter, Andreas Kröller, sprach dem Neu-Pensionär im Namen seiner Dienstgruppe einen besonderen Dank aus.

Fan von Eintracht Frankfurt und Ferrari

Nach den Reden wusste jeder, dass unser Bertold ein treues Mitglied der GdP und ein leidenschaftlicher Eintracht- und Ferrari-Fan ist. Die Krönung der netten Worte waren schließlich ein Geldpräsent in Ferrari-Design und eine Unterschriftensammlung von seinen Idolen der Eintracht Frankfurt. Bertold Schäfer geht nach eigenen Worten „mit einem lachenden und einem weinenden Auge“ in seinen wohlverdienten Ruhestand. Wir wünschen ihm alles Gute, Gesundheit und viel Glück für seinen weiteren Lebensweg.

stes

Das glückliche Ende für Groß-Gerau

Polizeikicker besiegten AH der TSG Mörfelden-Walldorf

Das Team der PSt Groß –Gerau, obere Reihe, v.l., M. Winter, B. Schmalbach, D. May, M. Klein, A. Schumacher, S. Loosen, M. Ansorge, untere Reihe, F. Frey, R. Badstieber, D. Schmalbach, G. Frey, J. Metzler, P. Grube, U. Köhler. uk

Ende September wurde im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit ein Fußballfreundschaftsspiel zwischen den „Alten Herren“ der TSG Worfelden und einer Auswahlmannschaft der Polizeistation Groß-Gerau ausgetragen. Auf dem Kunstrasenplatz und unter Flutlicht entwickelte sich, nach etwas verhaltenem Beginn, ein flottes Spiel, wobei zunächst die Abwehrreihen dominierten. Die Mannschaft der PSt Groß-Gerau, unterstützt durch zwei Nachwuchskickersöhne von Kollegen, die das Durchschnittsalter doch erheblich senkten, konnte bis zur Halbzeit diesen Altersvorteil nutzen und einen 2:0-Vorsprung herausspielen. Nach der Halbzeit konnten die Alten Herren der TSG Worfelden zunächst nicht verhindern, dass das Team der PSt GG auf 3:1 davonzog, zeigten anschließend aber Moral und konnten bis zum 3:3 ausgleichen. Die letzten Minuten des von einem offiziellen Schiedsrichter geleiteten Spieles, waren geprägt von zahlreichen Torchancen auf beiden Seiten. Das etwas glücklichere Ende, nach Meinung von einigen Zuschauern auch verdiente Ende, hatte die PSt Groß-Gerau, die das Match mit 5:4 für sich entscheiden konnte. In die Torschützenliste konnten sich zwei Mal M. Klein und, mit jeweils einem Tor, A. Schumacher sowie B. und D. Schmalbach (Foulelfmeter) eintragen. Bei der Nachbesprechung und Analyse des Spieles waren sich beide Mannschaften sehr schnell einig, ein solches Spiel in nicht allzu ferner Zukunft erneut austragen zu wollen.

U. Köhler

Ein spannendes Spiel lieferten sich die Teams der AH von Mörfelden-Walldorf und der PSt Groß-Gerau (mit Fraport-Trikot). uk

Jahreshauptversammlung 2010 der Kreisgruppe Groß-Gerau

Die Jahreshauptversammlung 2010 der Kreisgruppe Groß-Gerau fand am Freitag, 21.10.2010 in der Gaststätte „Zur Krone“ in Rüsselsheim-Königstädten statt. Wie bei jeder Jahreshauptversammlung wurden die langjährigen und treuen Mitglieder geehrt. Die Kreisgruppe hat hierzu im September mit der GdP- Phone- Post postalisch und in der letzten Ausgabe des Polizei-Reports eingeladen. Die zu ehrenden Mitglieder wurden gesondert eingeladen.

Jörg Bruchmüller, Landesvorsitzender der GdP Hessen, nahm gerne die Einladung des Kreisgruppenvorstandes an und kam als Gastredner. In einer knappen Stunde gab Jörg Bruchmüller einen umfassenden Bericht aus der aktuellen politischen und gewerkschaftlichen Lage ab. Anschließend stand er für Fragen von Mitgliedern zur Verfügung. Einige Themen wurden kritisch diskutiert. Es gefiel ihm sehr gut bei uns daher blieb er bis zum Ende und fuhr anschließend gegen 21:30 Uhr zurück nach Eschwege.

Die Ehrungen von 11 Mitgliedern lagen mir besonders am Herzen. Leider konnten einige urlaubs- oder krankheitsbedingt nicht teilnehmen.

Alle Ehrenmitglieder wurden persönlich eingeladen.

Der Höhepunkt war die Ehrung unseres Kollegen und Pensionär Philipp Schmidt der seit 1960 Mitglied der GdP Hessen ist! Das ist mehr als man sich vorstellen kann!

Unser Kollege Armin Kleditz, der ebenfalls 50 Jahre Mitglied der GdP war, lies sich entschuldigen. Neben ihm befanden sich einige andere Ehrenmitglieder im Urlaub, so dass sie bei der Ehrung fehlten. Selbstverständlich wird das nachgeholt.

Durch den Vorstand wurde ein Rechenschafts- und Kassenbericht des vergangen Jahres abgelegt, so dass jeder wusste, was die Kreisgruppe geleistet hat. Wir unterstützten die Mountainbiketour, die Kart Cup Veranstaltung, das Pensionärstreffen der PD Groß-Gerau u. v. m. Besonders in Erinnerung dürfte vielen Mitgliedern noch die Badesalz-Theateraufführung in Erinnerung geblieben sein.

Die Kreisgruppe Groß-Gerau hat einen steten Mitgliederzuwachs, worüber wir uns sehr freuen. Insgesamt waren 27 Kolleginnen und Kollegen anwesend. Die Kassenprüfung erfolgte durch unser GdP-Mitglied und dem Groß-Gerauer IPA- Vorsitzenden Rudi Janßen und GdP-Mitglied Steffi Rinne. Sie beantragten die Entlastung des Vorstandes.

Der Vorstand wurde durch die anwesenden Mitglieder entlastet.

Für ihre über 50 jährige Mitgliedschaft wurden geehrt:

Armin KLEDITZ und Philipp SCHMIDT

Für ihre über 40 jährige Mitgliedschaft wurden geehrt:

Dieter RAUSCHKOLB, Hans Helmut LAMB, Wolfgang KOECK

Für ihre über 25 jährige Mitgliedschaft wurden geehrt:

Michael DIETZ, Hubert OFENLOCH, Roland SCHNEIDER, Stephan LOOSEN, Harald REUTHER, Peter WEICHEL

Unser langjähriges Vorstandsmitglied Karl Will wurde an diesem Abend für sein 40-jähriges Dienstjubiläum geehrt.

Die Kreisgruppe möchte nochmals bekannt geben, dass in Zukunft sämtliche Veranstaltungstermine per Dienstmail versandt, an den grünen Wänden oder im Polizei Report veröffentlicht werden.

Unsere Pensionäre werden grundsätzlich über die Publikation Polizei Report und Deutsche Polizei informiert. In Ausnahmefällen werden wir dazu schriftlich einladen.

Möchte sich jemand im Kollegenkreis aktiv an der Gewerkschaftsarbeit beteiligen, dann sprecht uns gerne einfach an! Wir benötigen insbesondere aktive Pensionäre die uns bei der Einsatzbetreuung unterstützen.

Antonio Pedron

Urgestein der Darmstädter Polizei

Paul Beuler feierte seinen 91. Geburtstag

Am 29. September feierte Paul Beuler im Kreise seiner Familie seinen 91. Geburtstag. Er ist ein Urgestein der Darmstädter Polizei und hält noch heute regen Kontakt zu seiner alten Dienststelle.

Kreisgruppenvorsitzender Reinhard Wittke und Franz Possmann von ZK41 besuchten Paul Beuler im Altenwohnheim. Er lebt dort seit ein paar Jahren mit seiner Frau, die sich an diesem Tag den Arm gebrochen hatte und im Krankenhaus versorgt werden musste.

Als persönlichen Trostspender überreichte Reinhard Wittke dem hoch betagten Jubilar einen Teddybär der GdP, über den er sich sichtlich freute. Bei Kaffee und Kuchen und mit einem Glas Sekt feierte er seinen Jubeltag im Kreis von Verwandten und Freunden.

Trotz seiner 91 Jahre ist Paul Beuler noch recht rüstig. RW

Wir wünschen ihm und seiner lieben Frau für die Zukunft alles Gute, vor allem viel Gesundheit und dass er weiterhin so regen Kontakt mit seinen ehemaligen Kollegen des Erkennungsdienstes hält.

RW

PP Gosbert Dölger 40 Jahre im Dienst

Sichtlich überrascht war Polizeipräsident Gosbert Dölger, als ihm der Personalratsvorsitzende Michael Schweikert im Anschluss an eine Besprechung am 3. Oktober zu seinem 40-jährigen Dienstjubiläum gratulierte. Fast hätte er diesen Termin, nach eigenen Angaben, selbst vergessen.

Den Großteil seiner Dienstzeit absolvierte er allerdings in verschiedenen Funktionen bei der bayrischen Polizei. In seiner Laufbahn war PP Dölger als Polizeibeamter in vielfältigen Funktionen und Tätigkeiten eingesetzt. Hierzu gehörte auch die Verwendung als verdeckter Ermittler. Zuletzt war er in Bayern Leiter der PD Aschaffenburg.

Personalratsvorsitzender Michael Schweikert, links, gratulierte PP Gosbert Dölger zum 40jährigen Dienstjubiläum. ms

Erst im Jahr 2003 wechselte PP Dölger als Präsident zum Polizeipräsidium Südhessen. In der Zusammenarbeit mit dem Personalrat und den Beschäftigten hat sich PP Dölger als verbindlicher Gesprächspartner erwiesen.

Mit ihm könne man auch Kompromisse schließen, meinte Michael Schweikert.

ms

Nachzüglerbeförderungen

Der Beförderungstermin 1. Oktober konnte in diesem Jahr bereits am 10. September fast endgültig abgehakt werden. Erst einige Tage vorher stand fest, wie viele Beförderungsurkunden zur A 10 überhaupt noch ausgehändigt werden konnten.

Dies steht immer in Abhängigkeit von Hinzu- bzw. Wegversetzungen zum Versetzungstermin, aber auch von der Verlängerung von Elternzeiten und vielen anderen Personalmaßnahmen, die einen Einfluss auf den Stellenplan des PP Südhessen haben. Es war dann sehr erfreulich, dass auch die nachträglich ausgeschriebenen Beförderungen, die unter dem Vorbehalt der stellenplanmäßigen Verfügbarkeit standen, letztlich mit Wirkung zum 1. Oktober ausgesprochen und die Urkunden ausgehändigt werden konnten. Unser Bild zeigt, v.l., Daniel Ihrig, Bianca Spehr, Sebastian Kirchner, PP Dölger, Thomas Wyrchowy, Katharina Müller, Sebastian Schaffranek, Gerhard Skora. ms

Dienstjubiläum

Zu einer gemeinsamen Veranstaltung hatte die Behördenleitung des PP Südhessen die Jubilare mit 40 und 25 Dienstjahren (unser Bild) bereits Ende September in den Vortragssaal des Polizeipräsidiums eingeladen. Polizeipräsident Gosbert Dölger und der Personalratsvorsitzende Michael Schweikert bedankten sich bei den langjährigen Mitarbeitern für die gute Zusammen- arbeit und wünschten den Jubilaren auch für die Zukunft alles Gute. Nachdem der Präsident die Urkunden überreicht hatte, gab es vom Personalrat noch ein Weinpräsent. ms

Krankenbesuch bei Dieter Ferger

Ein Polizeiteddy soll die Genesung vorantreiben

Zusammen mit dem Personalratsvorsitzenden Michael Schweikert übermittelte Vorstandsmitglied Friedrich Rindfleisch dem Kollegen Dieter Ferger die besten Genesungswünsche der GdP Kreisgruppe Bergstraße bei einem Besuch im Krankenhaus Heppenheim. Dabei überreichten sie ihm auch als kleines Dankeschön für seine langjährige Treue zur GdP einen Polizeiteddy. Sein Anblick solle helfen, die Genesung zu beschleunigen.

Dieter Ferger plagte sich schon seit längerer Zeit mit Hüftbeschwerden, die ihm natürlich auch seine Arbeit als Kfz-Handwerker in der Werkstatt des PP Südhessen nicht leicht gemacht haben. Nun war aber kein Aufschub mehr möglich, so dass ein neues Hüftgelenk eingesetzt werden musste. Dieser Krankenbesuch erfolgte zu einem Zeitpunkt, da sich Dieter Ferger noch offiziell im Dienst befand. Nach seiner hoffentlich baldigen Genesung ist er schon in der Freistellungsphase der Altersteilzeit. Auch für diesen neuen Lebensabschnitt wünschten beide Vorstandsmitglieder dem angehenden „ATZ'ler" alles erdenklich Gute. Viele Hobbys, unter anderem auch die Enkelkinder, werden in der Zukunft auf jeden Fall keine Langeweile aufkommen lassen. ms

Friedrich Rindfleisch überreichte dem angehenden „ATZ'ler" Dieter Ferger im Krankenhaus einen Polizeiteddy. ms

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Delegation der Südhessen-GdP bei der Demo in Wiesbaden

Vor der hessischen Staatskanzlei am Kochbrunnen in Wiesbaden trafen sich Anfang September Angehörige der DGB-Gewerkschaften GEW, GdP, Verdi und IG BAU unter dem Motto „Ebe langt's", um gegen die geplante Anhebung des Pensionseintrittsalters zu demonstrieren. Etwa 500 Landesbeamte aus den Bereichen Lehramt, Polizei, Forst, Feuerwehr und Justiz hatten die Gelegenheit genutzt, dort ihrem Unmut Luft zu machen. Auch eine große Anzahl von GdP-Vertreter/innen gehörte dazu. Die südhessische GdP war mit gut einem Dutzend Kolleg/innen vertreten. Fahrgemeinschaften führten die Gruppe vor den neuen Arbeitsplatz des vormaligen hessischen Innenministers Volker Bouffier, der zu dieser Zeit gerade seine erste Regierungserklärung als neuer Ministerpräsident im nahen Landtag vortrug.

Gut vertreten waren die südhessischen GdP-Mitglieder bei der Demo in Wiesbaden. vf

Vor der Demo wurde die Gruppe in der Landesgeschäftsstelle der GdP in der Wilhelmstraße „aufgerüstet“. Schilder, Fahnen und Trillerpfeifen lenkten die Aufmerksamkeit von Bevölkerung und Medien auf unser Anliegen.

Der Hauptredner Jochen Nagel (GEW) zeigte auf, dass schon jetzt wenige Lehrer bis zur Pension arbeiten können. Weitere Sprecher der Gewerkschaften stellten bildhaft vor, was die Anhebung des Pensionseintrittsalters für die einzelnen Berufsgruppen bedeutet. Die Anhebung der Altersgrenze bedeute unter anderem auch, dass weniger junge Kräfte eingestellt würden. Der GdP-Landesvorsitzende Jörg Bruchmüller veranschaulichte die zu erwartenden Schwierigkeiten eines Streifenteams kurz vor dem Pensionsalter, das zu Fuß einem Straftäter „nacheilt“. Auch die Vereinbarkeit von Familie und Beruf leide unter einer eventuellen Neuregelung. Ich will auch noch von einem persönlichen Eindruck berichten. Mir schien es, dass diejenigen, die in erster Linie von der Altersgrenzenanhebung betroffen wären, die „jüngeren“ Beamt/innen, auffallend wenig in Wiesbaden vertreten waren. Deshalb meine Frage: Ist es euch egal, wenn ihr zwei Jahre länger arbeiten müsst?

Volker Fischer

Seniorenpräsident Wilfried Seibel und Uschi Hess, zwei echte Demonstranten. vf

Ein Unikat, aber kein Unikum

Henning Möller: Eine Konstante geht von Bord

Henning Möller, über 30 Jahre aktiv im HPR der hessischen Polizei, davon 30 Jahre als Vorsitzender, hat jetzt seinen Abschied genommen. NW

60 Jahre ist er jetzt alt geworden und die Hälfte seines beruflichen Lebens, nämlich 30 Jahre, hat Henning Möller, bekannt als „HEMÖ“ im Hauptpersonalrat der Polizei in Wiesbaden verbracht, davon 22 Jahre als Vorsitzender. Insgesamt war er bis dahin 43 Jahre im Polizeidienst und hat es bis zum Polizeirat geschafft. Zehn Dienststellenleiter und sechs Staatssekretäre hat er dabei kennen und zum Teil auch schätzen gelernt.

Seinen Lebenslauf haben Peter Wittig und Henning Möllers Nachfolger, Jens Mohrherr, in einer Sonderausgabe des „Polizei-Report“ zusammengefasst und darin viele seiner Mitstreiter aus früheren Zeiten zu Wort kommen lassen. Henning Möller fasste diese Zeit in etwa so zusammen: „Da hat der Bernhard Langer gesagt: Machs doch Mal für eine Periode. Ich arbeite Dich auch ein. Das Einarbeiten bestand darin, dass er mir die Tür zum HPR-Büro aufmachte, angefüllt mit Akten und Tonträgern aller HPR-Sitzungen, angefertigt von Horst Küken. Dann verschwand er und ward eigentlich nie mehr gesehen“.

Offenbacher Bub

Henning Möller ist ein „Offenbacher Bub“ und in der Stadt Offenbach hat er Ende der Siebzigerjahre auch seinen Einzeldienst begonnen. Es war die Zeit, die geprägt war von dem Begriff „Aufstand der Ordnungshüter“, dem Zusammenschluss der Hauptabteilung Polizei in der ÖTV mit der GdP und dem Bestreben nach einer besseren Bezahlung der hessischen Polizei. Henning Möller hatte das Gespür für die Nöte der Beschäftigten, war aktiv in Gewerkschaft und im Personalrat als Kreisgruppenvorsitzender in Offenbach. Im Hauptpersonalrat entwickelte sich Henning Möller zum Fachmann für Personalvertretungsrecht (HPVG), machte aber auch deutlich, dass alle Regierenden im Laufe der Jahre das Mitbestim-

Mit einem Weinpräsent verabschiedete Innenminister Boris Rhein den langjährigen HPR-Vorsitzenden Henning Möller. EG

mungsrecht der Beschäftigten stark beschnitten hätten.

Abschied vom Hauptpersonalrat

In einer Sondersitzung des Hauptpersonalrats in Willingshausen-Zella wurde Henning Möller nicht nur feierlich von seinen Kolleginnen und Kollegen verabschiedet und für sein langjähriges Wirken gelobt, sondern er wurde auch beschenkt. Die Mitglieder hatten ihm ein hochleistungsfähiges Notebook gekauft. Völlig überraschend ließen sich zu dieser Verabschiedung aber auch Innenminister Boris Rhein und Staatssekretär Werner Koch im Landgasthaus Bechtel sehen. Sie wollten es sich nicht nehmen lassen, Henning Möller persönlich zu verabschieden. Boris Rhein dankte Henning Möller für die jahrzehntelange verantwortliche Arbeit im HPR. Er habe viele Minister. Staatssekretäre und Polizeiabteilungsleiter kommen und gehen sehen. Stets habe er jedoch das Wohl der Mitarbeiter/innen in den Mittelpunkt seiner Tätigkeit gestellt. Er bedankte sich mit einem Weinpräsent aus dem Staatsweingut Kloster Eberbach und wünschte ihm für seine neue Tätigkeit (HEMÖ geht noch nicht in den Ruhestand) „ein glückliches Händchen". Innenminister und Staatsekretär ließen es sich nicht nehmen, in lockerer und fröhlicher Runde mit den HPR-Mitgliedern zu feiern und die eine oder andere alte Schutzmannsgeschichte anzuhören.

Henning Möller, dessen 22jährige Zeit als HPR-Vorsitzender wohl einmalig sein dürfte in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, hatte sich über das Geschenk der HPR-Mitglieder besonders gefreut und sie zu einem Grillabend eingeladen. „Ehre, wem Ehre gebührt", hatten die Personalräte gemeint und neben dem Notebook dem technikbegeisterten HEMÖ auch noch andere wichtige Zubehörteile überreicht. Dass HEMÖ dabei gerührt und sprachlos war, zeigte, wie sehr er sich das Menschliche bei all seiner verantwortlichen Tätigkeit bewahrt hatte. Auch Landespolizeivizepräsident Klüber und LPP Norbert Nedela waren zur offiziellen Abschiedsfete anwesend. Nedela hob dabei die „Bedeutung der Macht der Worte für Personalräte" hervor. Es war eine Anspielung auf Möllers Aussage aus vergangenen Tagen: „Sie schreiben einfach einen Erlass, aber wir müssen durch Worte überzeugen". Das Landespolizeipräsidium hatte Henning Möller zum Abschied eine Jacke als „Polizei-Communicator" geschenkt. Auf der Rückseite hatte hatten alle Abteilungen und Referate „abgezeichnet". „Ob das mit der Bekleidungsvorschrift vereinbar ist", wollte niemand ernsthaft geklärt haben. NWEG

Flachbildschirm und Drucker für den Techno-Freak

GdP und Personalratsvorsitzende bedankten sich bei Henning Möller

Zu einem Büfett mit Hirschbraten im Landgasthof Bechtel in Zella hatte die GdP-Hessen den scheidenden HPR-Vorsitzenden Henning Möller, bekannt als „HEMÖ", zum Abschied eingeladen und dazu auch die Mitglieder des Landesvorstands. Es war ein schönes Fest in angenehmer Atmosphäre, mit gepflegten Weinen und einem kühlen Bier, gestaltet von Jens Mohrherr und Peter Wittig.

Fest der Überraschungen

Es war aber auch ein Fest mit Überraschungen. Überrascht war Henning Möller von dem Geschenk, das ihm die GdP machte, ein Flachbildschirm modernster Art. Überrascht war er aber auch über die Sonder-Ausgabe des Polizei-Reports, in der sich viele frühere Mitstreiter über ihn ausgelassen hatten. Peter Wittig und Jens Mohrherr, der neue HPR-Vorsitzende, hatten diesen Report zusammengestellt und überreichten ihn HEMÖ. Dazu gehörte aber auch ein passendes T-Shirt mit dem Aufdruck „HEMÖ". Die nächste Überraschung war das Abschiedsgeschenk seiner KG Offenbach, das Jörg Schumacher ihm überreichte: Eine gute Flasche Rotwein und ein großer Knoblauchzopf für den Gourmet und Angelfreund. „Du warst ein braves Mitglied, hast mich seinerzeit in die GdP geholt und gezeigt, was Engagement ist", bedankte er sich. Eine Überraschung war auch der Besuch des Ex-Staatssekretärs Christoph Kulenkampf. „Mein Lieblingsstaatsekretär", wie es HEMÖ ausdrückte. Kulenkampf bedankte sich für die Einladung. Es sei ihm runter gegangen wie Öl und Honig. „Ich bin gespannt, wie ein solcher Workaholic die neue Zeit besteht", fragte er sich. Als er damals ins Amt gekommen sei, habe man vor gravierenden Einschnitten in die Polizeilaufbahn gestanden. Die zweigeteilte Laufbahn mit der Heraufschwemmung des mittleren in den gehobenen Dienst, sei bei anderen Bundesländern nicht beliebt gewesen. Er sei der Meinung gewesen, dass dies nur durch Gesetz möglich sei, gegen den Widerstand im HMdI. Und das habe auch geklappt. HEMÖ sei bei der Durchführung eine wichtige Stütze gewesen. Er sei immer ein kritischer aber loyaler Mitstreiter gewesen. Henning Möller würzte die Rede mit einem Kulenkampf-Zitat: „Die sind irre im HPR".

Mit einem Flachbildschirm neuester Bauart bedankte sich die GdP für die langjährige Arbeit von Henning Möller im HPR, v.l., Vorsitzender Jörg Bruchmüller, Henning Möller, Peter Wittig. nw

Da geht eine Ära zu Ende

„Du spürst, da geht eine Ära zu Ende", lobt GdP-Landesvorsitzender Jörg Bruchmüller den langjährigen HPR-Vorsitzenden. Es bewege, im Rückblick zu sehen, wie er sich für die Kolleg/innen engagiert habe. „Was wir heute sehen, ist Dein Vermächtnis", lobte er Henning Möller. Ob neuer Arbeitsplatz Auto, Wache,

Bekleidung oder Technik, er habe es geschafft, habe es laufen lassen, ohne einen Zweifel daran zu lassen, dass er der Vorsitzende sei. Das „Wie“ sei das Entscheidende gewesen: These, Antithese, Synthese. Er sei eine Integrationsfigur gewesen, was in seiner Persönlichkeit begründet sei. Er habe Kompromisse geschlossen, zahlreiche Minister, Staatssekretäre, Landespolizeipräsidenten und Abteilungsleiter er- und überlebt. „Du warst der Leuchtturm, an dem sie sich ausrichten mussten“. Nicht vergessen dürfe man, dass HEMÖ auch der Vater der „Postkartenaktion“ gewesen sei. Bruchmüller bedankte sich dafür, dass Möller die gesetzliche Neutralität des Personalvertretungsgesetzes in den Vordergrund gestellt habe.

Diese Einstellung habe meist zum Erfolg geführt. „Wir als GdP sind aber auch stolz darauf, jemanden aufgebaut zu haben als Nachfolger für den HPR. Jens Mohrherr habe sich über Monate eingearbeitet und heute sei die Staffelholzübergabe erfolgt. Die GdP stehe an seiner Seite, versicherte er ihm unter dem Beifall der Anwesenden („Jens wir werden Dich tragen“) und überreichte ihm ein kleines Präsent.

Henning Möller tröstete er damit, dass er nicht in Pension gehe, wohl aber in den Ruhestand. Er bleibe der GdP als Berater im HMdI erhalten. Er hoffe, dass HEMÖ mit dem neuen Innenminister Brücken baue, das Bestmögliche erreiche für Polizei und GdP. Zwischen dem HPR-Vorsitzenden und der GdP dürfe es Harmonie geben, müsse aber nicht sein.

Der Mensch stand im Mittelpunkt

Das Erlebnis mit einem erschossenen Kollegen habe ihn dazu gebracht, sich um die Sicherheit der Polizeibeschäftigten zu kümmern, erklärte Henning Möller seine Arbeit. „Schutzwesten für jeden war das Ergebnis, ohne dass es die Kolleg/innen etwas kostete“. Man habe in seiner Zeit mit dem Wachenprogramm 80 Reviere und Stationen renovieren können, vor allem in alten Präsidien und Direktionen. „Die „Kampfmaschinen“ Bernhard Langer und Heinz Freund hätten ihm zur Seite gestanden.

Es habe aber auch hin und wieder Schelte gegeben. „Im HPR muss man sich auch einmal streiten, sonst kann die Polizei nicht weiterkommen“, sei seine Devise gewesen. Er vergesse nie die Streitgespräche zwischen Hansgeorg Koppmann und Hans-Jürgen Lipinski. Kritik übte Möller an Innenminister Volker Bouffier. Der habe Kälte in das Klima gebracht. Das sei nicht gut gewesen. Die Achtung vor der Würde des Menschen müsse im Mittelpunkt stehen.

Henning Möller ging aber auch auf seinen Nachfolger ein. Es sei gelungen, einen Nachfolger aufzubauen, was sonst vor Ort oft nicht gelinge. Jens Mohrherr habe als „Halbirrer“ im Haus angefangen, habe sich „Schwielen an die Stirn gehauen“. Er wünschte ihm viel Glück für die Zukunft. Leicht werde das sicher nicht. „Er hat nichts zu verteilen“.

Zwei alte Freunde, die früher gut zusammengearbeitet haben, Ex-Staatssekretär Christoph Kulenkampf, links, und Henning Möller. nw

Danke für einen Multifunktionsdrucker

Zu all dem technischen Gerät, das Henning Möller geschenkt worden war, kam noch ein Multifunktionsdrucker, den ihm die Personalratsvorsitzenden der GdP am letzten Tag der einwöchigen Klausur in Zella schenkten. Man habe gut mit ihm zusammen gearbeitet, versicherten sie dem sichtlich gerührten HPR-Vorsitzenden bei seiner letzten Amtstätigkeit.

Man sei von ihm auch immer gut informiert worden und habe den Eindruck gehabt, dass er die Interessen des Personals an der Basis ernst nehme.

nw

14-tägige Gruppenreise Kanada und Alaska

22. August - 4. September 2011
inkl. 8-tägiger Kreuzfahrt mit der Celebrity Millennium

Info und Buchung: GdP Südhessen
Norbert Weinbach, Tel. 06251/52889,
E-Mail: norbert.weinbach@online.de

Neuer Vorsitzender des HPR der Polizei

Jens Mohrherr ist ein Kind der Gewerkschaft der Polizei

Einstimmig wurde der 43jährige Jens Mohrherr, seither stellvertretender Landesvorsitzender der hessischen GdP, bei einer Sondersitzung des Hauptpersonalrats in Willingshausen-Zella zum neuen HPR-Vorsitzenden gewählt. Er war seither stellvertretender Vorsitzender und ist vom scheidenden Vorsitzenden Henning Möller in sein neues Amt eingeführt worden. Henning Möller schied mit 60 Jahren aus dem Amt. Jetzt ist ein Generationenwechsel erfolgt. Wir wollen den neuen Mann, der eigentlich schon ein „alter" Mann im HPR ist, hier einmal vorstellen.

Kurzer Lebenslauf

Geboren wurde Jens Mohrherr am 17. Mai 1967 in Biedenkopf an der Lahn. Dort ist er auch aufgewachsen und zur Schule gegangen. Im Mai 1987 erfolgte das Abitur an der Lahntalschule. Zuvor hatte er im März erfolgreich das Eignungsauswahlverfahren bei der damaligen V. HBPA in Kassel–Niederzwehren absolviert. Seit Mai 2009 ist er verheiratet aber noch kinderlos. Hobbys sind Reisen in ferne Länder. Über den Jahreswechsel 2010 will er die Hochzeitsreise mit seiner Frau Britta nachholen. Eine Karibikkreuzfahrt ist das Ziel. Jens Mohrherr lebt und wohnt gerne in Wiesbaden, einer Stadt die sicherlich noch bunter sein könnte, wünscht er sich.

Polizeiliche Laufbahn

Das Grundjahr erlebte Jens Mohrherr in Kassel, kam dann zu Weiterbildung und HAL nach Wiesbaden. Er wurde im Jahr des Mauerfalls nach Mühlheim zur HBP versetzt, bestand den Test für die Ausbildung zum gehobenen Polizeidienst, absolvierte das Grundstudium in Kassel und das Hauptstudium an der Fachhochschule Gießen. Nach bestandener Fachprüfung ging es zur II. BPA nach Lich, mit Wohnort in Gießen. Ende der neunziger Jahre folgte die Abordnung zur HBP-Direktion in Wiesbaden. Da begleitete der junge Oberkommissar die Neuorganisation der Polizei im Umsetzungsstab beim damaligen Leiter der HBP, PD Kolter.

Jens Mohrherr wurde von den Mitgliedern aller Gewerkschaften zum neuen Vorsitzenden des Hauptpersonalrats gewählt. nw

Personalrat

Personalrätlich war Jens Mohrherr bereits in den frühen neunziger Jahren in den damaligen örtlichen Personalräten in Mühlheim und Lich aktiv. Besonders beeindruckend war für ihn die Zeit des Übergangpersonalrates, in dem sich die Personalvertreter des damaligen (aufgelösten) HPVkA und der HBP befanden, rund 80 Personen. Nach dem Vollzug der Neuorganisation ging er zum Präsidium der HBP. Unvergessen ist ihm da der erste Präsident der HBP, Werner Larem, der ihn auch als väterlicher Freund über lange Jahre gewerkschaftlich begleitet hat. Mohrherr war zunächst Mitarbeiter beim Sachgebiet PÖA, später erster Sachbearbeiter. Die Zeit mit Presse, Funk und Fernsehen hat ihn geprägt. Unvergessen bis heute ist auch die gute Zusammenarbeit mit der Wasserschutzpolizei. 2004 kandidierte er für den Hauptpersonalrat der Polizei, nachdem gewerkschaftsintern beschlossen worden war, Henning Möller zu unterstützen. Das hat auch geklappt bis zu seiner Verabschiedung Ende September 2010, bedingt durch die Freistellung durch die Bereitschaftspolizei. Deshalb gilt sein Dank dem Personalrat der HBP, allen voran Roland Kramer, die es ermöglicht haben, im Land tätig zu sein.

Gewerkschaft der Polizei

Gewerkschaftlich ist Jens Mohrherr den klassischen Weg gegangen. Zunächst war er als Jugendsprecher in der Weiterbildung aktiv, wurde dann als Mitglied in den damaligen Landesjugendvorstand gewählt. Dessen Vorsitzender Jörg Schumacher machte ihn später zu seinem Nachfolger. Auch im Bund bot ihm die GdP interessante Möglichkeiten, die Interessen der Beschäftigten zu vertreten. Mitte der neunziger Jahre war er stellvertretender Bundesjugendvorsitzender, eine Zeit auf die er gerne und stolz zurück blickt. Es gab viel Arbeit und als Höhepunkt ist ihm der Austausch mit der DEA in Florida/Miami noch heute in guter Erinnerung. 70 Polizeibeschäftigte aus Deutschland im fernen Amerika zu koordinieren und für 14 Tage da zu sein, war eine Herkulesaufgabe. Freundschaften sind entstanden die bis heute Bestand haben.

1998 trat der damalige Bundesjugendvorsitzende von seinem Amt zurück und Jens Mohrherr wurde sein Nachfolger. Auf diesem Parkett hatte er die Möglichkeit, an Bundesvorstandssitzungen teilzunehmen. Unvergessen bleibt ihm Hermann Lutz als Bundesvorsitzender, der rund um die Uhr alle polizeilichen Themen beherrschte. Dies hat ihn beeindruckt und auch angetrieben, Zeit in die Tätigkeiten bei der GdP zu investieren. Landesjugendvorsitzender war Mohrherr bis 2002. Im gleichen Jahr wurde er auf dem Landesdelegiertentag in Darmstadt zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt. Nach acht Jahren und als Nachfolger von Henning Möller kandidierte er nicht mehr für den gLBV.

Erfahrung gesammelt

Sowohl die Bundesebene als auch die hessischen GdP hat es ihm ermöglicht, Wissen und Fähigkeiten

zu erlangen. Aber die GdP hat ihn auch gefordert, und in seiner Entwicklung positiv nach vorne gebracht. Bei Henning Möller hat er das Rüstzeug für die neue Tätigkeit erworben. Es wird sicher einiges anders aber die Methode bleibt die gleiche, nur das Modell hat gewechselt. Gestärkt durch viele Gespräche bei der Klausurtagung im September in Zella hat er das Amt als HPR-Vorsitzender angetreten. „Wir sind und bleiben ein Team, in dem jedes Mitglied gleichberechtigt ist. Die kommenden Jahre werden sicherlich nicht einfach. Haushaltskonsolidierung und Bankenkrise werden uns noch manchen Stein in den Weg legen. Diesen Aufgaben werden wir uns stellen“, ist sich Jens Mohrherr sicher. NW

Elke Oswald neue Vorsitzende der GdP-Frauengruppe

Sandra Temmen in den geschäftsführenden Landesvorstand gewählt

Mitte Oktober traf sich der Vorstand der GdP Frauengruppe Hessen (LFV) zur Sitzung an der Hessischen Polizeiakademie. Unter anderem stand auf der Tagesordnung die Wahl (Kooptierung) einer neuen Vorsitzenden. Nachdem die bisherige Amtsinhaberin Sandra Temmen im März 2010 in den geschäftsführenden Landesbezirksvorstand gewählt worden war, legte sie ihr Amt jetzt offiziell nieder. Sie war seit März 2003 Vorsitzende der Frauengruppe Hessen und von 2006 bis 2010 Vorsitzende der GdP Frauengruppe (Bund). Ihre künftigen Prioritäten sieht sie, neben dem örtlichen Personalrat bei der HBP, in der intensiveren Arbeit für die Hessen-GdP und im Hauptpersonalrat. Als neue Vorsitzende wurde Elke Oswald (BZG FFM) gewählt, die bereits seit mehreren Jahren stellvertretende Vorsitzende ist. Sie ist außerdem Vorsitzende der Frankfurter Kreisgruppe-Süd und engagiert sich im DGB als stellvertretende Vorsitzende des Frauenausschusses Hessen-Thüringen.

Elke Oswald von der BZG Frankfurt ist neue Vorsitzende der hessischen GdP-Frauengruppe. sp

Einstimmig wurde dann Kerstin Wöhe zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Sie ist im PP Mittelhessen Frauenbeauftragte, Mitglied im geschäftsführenden Vorstand der Jungen Gruppe und aktiv im LFV.

Sandra Temmen ist, neben Lothar Hölzgen, im GLBV für die Frauengruppe zuständig. Sie hat der GdP Frauengruppe Hessen weiterhin ihre volle Unterstützung zugesagt. Die GdP wünscht dem neu gebildeten GLFV viel Erfolg bei allen Herausforderungen der kommenden Jahre. pw/nw

Benefizkonzert der Polizeisozialhilfe Hessen e.V.

Am 04. November fand ein Benefizkonzert des Hessische Polizeiorchester unter der Leitung von Herrn Polizeihauptkommissar Walter Sachs und des ZDF-Chor mit Chorleiter Herrn Musikdirektor Franz-Jürgen Dieter in Heppenheim-Erbach statt.

Dem fast zweistündigen Musikprogramm, von Giuseppe Verdi’s Chor der Gefangenen bis hin zu Andrew Lloyd Webber’s Mondlicht, lauschten 200 Musikliebhaber, unter denen sich auch Polizeivizepräsident Uwe Brunnengräber, der Vorsitzende der GdP-Bezirksgruppe Südhessen Herr Toni Pedron, sowie zahlreiche geladene Gäste befanden.

Die Organisatoren des Konzertes, allen voran der Vorsitzende der Polizeisozialhilfe Hessen e.V., Herr Oswin Karolus, zeigten sich über das gut besuchte Konzert, sowie das gemischte Publikum, sehr zufrieden.

Zum Gelingen des Konzertes wurde der Kartenvorverkauf durch den SV-Erbach, Herrn Jens Rodenheber und die Vorstandsschaft der GdP-Kreisgruppe Bergstraße tatkräftig unterstützt.

Bilder zum Konzert sind auf der Homepage der GdP-Bezirksgruppe Südhessen

http://www.gdp-bzgsh.de

eingestellt.

Volker Bouffier ist nun Ministerpräsident

„Hessische Polizeirundschau“ (HPR) lobt den seitherigen Innenminister

In dem Buch „Ausgekocht“ (siehe unsere Buchbesprechung in diesem Report) ist die Rede von Affären und Skandalen des abgetretenen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch und seines Freundes, Innenminister Volker Bouffier, der ihn in dem Amt des Ministerpräsidenten beerbt hat.

Bilanz des Ministers

„Was ist unter Innenminister Volker Bouffier passiert?“ fragt die HPR (Bouffiers Lobhudelei-Blatt) in ihrer Ausgabe 06/2010. Da steht: „Volker Bouffier wurde Ende August zum Ministerpräsidenten von Hessen gewählt und verlässt nach elfjähriger Amtszeit (1999 erhielt die CDU die absolute Mehrheit in Hessen. Anmerkung des Verfassers) die Kommandobrücke im hessischen Ministerium des Inneren und für Sport. Keiner seiner Vorgänger kannte die Polizei so gut wie er, und keiner bewegte in seiner Amtszeit soviel“. Soweit, so gut und so richtig, wenn es darum geht, die Polizei zu kennen. Verstanden hat er sie aber wohl nie.

In der HPR dürfen einige ausgewählte Polizeibeamt/innen zu Wort kommen und den Minister loben. Es kommen auch die Vorsitzenden der drei Polizeigewerkschaften zu Wort, deren Lob nicht so gut ausfällt. In der Bilanz ist unter anderem belegt, dass Volker Bouffier 3798 Tage im Amt war. Er hat für eine verbesserte Bekämpfung der Kriminalität gesorgt, für mehr Verkehrssicherheit, weniger Tote im Straßenverkehr. Er hat Wachpolizei und Freiwilligen Polizeidienst eingeführt (auf Kosten

Vom Amt des Innenministers in die Rolle des hessischen Ministerpräsidenten gewechselt ist Volker Bouffier. Seine Abschlussbilanz ist weniger gut als er selbst glauben machen will. nw

von Stellen für Polizeibeamt/innen) und auch Videoüberwachung und Schleierfahndung gehen auf sein Konto. Bouffier hat die Polizeistruktur reformiert, hat für den flächendeckenden Einsatz von vernetzten PCs gesorgt, hat die Streifenwagenflotte verbessert und erneuert, die blaue Uniform eingeführt, den Direkteinstieg für die Kripo ebenso gegen den Willen der GdP durchgesetzt wie die Einstellung von Spitzensportlern (die eigentlich keinen Polizeidienst versehen). Der Minister hat (auf Druck der GdP) im Jahr 2008 (bis 2011) die jährliche Einstellung von 550 Anwärtern (statt 400) angeordnet. Vergessen wurde hier, dass durch das „Zukunftssicherungsgesetz“ rund 1100 Stellen bei der Polizei weggefallen sind. Seine letzte Tat war die Einführung einer neuen Dienstpistole. Das und einiges andere mehr ist eine durchaus lobenswerte positive Bilanz, wenn auch mit kleinen Schönheitsfehlern.

Bilanz aus Gewerkschaftssicht

Was nicht in dem Bericht steht und was der Minister sicher gerne verschweigt, ist seine Verantwortung für die Abschaffung der Tankstellen und Werkstätten der Polizei, der Verkauf der Präsidien, das Betreiben der Gebäudewirtschaft durch das Hessische Immobilienmanagement (Dinge, die alles verteuert haben, weil die Polizei budgetiert wurde und die Kosten aus ihrem kaum erhöhten Budget decken muss). Beschnitten (und fast ganz abgeschafft) wurden die Mitbe- stimmungsrechte der Personalräte. Die Personalräte bei den Direktionen wurden beseitigt und die Zahl der Freistellungen für Personalräte verkleinert. Auch die Erhöhung der Wochenarbeitszeit von 38,5 auf 42 Stunden pro Woche und der Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft der Länder steht nicht in der Bilanz. Es fehlt auch der Hinweis, trotz all der „Erfolge“, auf den gewachsenen Arbeitsdruck und die wachsende Unzufriedenheit der Polizei mit ihrem Innenminister. Wie sagte der einstige Vorsitzende des Hauptpersonalrats: „Mit Bouffier kam die Kälte“. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Bleibt nur zu hoffen, dass es mit seinem Nachfolger Boris Rhein besser wird.

Norbert Weinbach

„Ausgekocht“

Hinter den Kulissen hessischer Machtpolitik

„Das Volk ist die Grundlage der Demokratie. Das glauben jedenfalls die meisten Menschen. Leider irren sie sich. Zumindest in Hessen. Dort halten sich die regierenden Politiker für die Basis der Demokratie. Und sie benehmen sich auch so“

Mit diesen Zeilen beginnen die beiden Redakteure der „Frankfurter Rundschau“ (FR), Pit von Bebenburg, Matthias Thieme, ihr gut recherchiertes Buch über den zurückgetretenen hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch und seinen Nachfolger und bisherigen Innenminister Volker Bouffier, Köpfe der „Tankstellen-Connection“. Einige dieser Skandale und Skandälchen sind uns durch die Medien bestens bekannt.

„Der Staat bin ich“

„Ausgekocht“ heißt dieses Werk mit dem Untertitel „Hinter den Kulissen hessischer Machtpolitik“. Die beiden Autoren berichten über die Affären und Skandale von Koch und

Bouffier. Sie beschreiben ein System, in dem die Regierung all jene beherrscht, von denen sie kontrolliert werden soll. „L'état, c'est moi", der Staat bin ich. Diesen Satz schreibt man dem absolutistischen französischen Herrscher Ludwig XVI. zu. Er gilt, nach Ansicht der beiden Redakteure auch für die Herrscher Hessens im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts. Mit einer Ausnahme: Ludwig XVI. musste nicht gewählt werden. „Daraus", so Bebenburg und Thieme, „ziehen die hessischen Politiker den fatalen Schluss, sie dürften nach Belieben schalten und walten, weil sie schließlich gewählt seien".

„Brutalst möglicher Aufklärer"

Ob es um die Besetzung eines Chefpostens im Fernsehen ging, um die schwarzen Kassen der CDU, um das Abservieren integrer Frankfurter Steuerfahnder, um die Millionenpleite der „Fraport" beim Nichtbau des Flughafens von Manila (Koch war Aufsichtsratsvorsitzender) oder um den Versuch der „Bestechung" der „Freien Wähler", um sie von einer Kandidatur bei der Landtagswahl abzuhalten, das sind alles mehr oder weniger bekannte Affären von Roland Koch. Auch wenn dem „brutalst möglichen Aufklärer" in Untersuchungsausschüssen und durch Gerichtsverfahren nachgewiesen worden sei, nicht immer bei der Wahrheit geblieben zu sein, genutzt hat es nichts. Die CDU- oder CDU/FDP-Mehrheit in den Ausschüssen hat immer verhindert, dass eine Verurteilung durch den Landtag erfolgte. Im Zweifelsfall wurden einige Minister oder hohe Ministeriale „geopfert". Sie wurden auf andere gut dotierte Posten gesetzt, wurden auch Mal Bundesminister und später wieder von Roland Koch in seinen Machtbereich geholt.

„Ausgekocht" ist ein lesenswertes und nachdenklich stimmendes Buch über hessische Landespolitiker der CDU. nw

Zusammengehalten wie Pech und Schwefel

Roland Koch hat es geschafft, auch Dank seines Freundes Volker Bouffier, mit dem er in Zeiten der Jungen Union gemeinsam aktiv war, alle seine früheren Freunde in seinen Regierungsbereich zu holen. Dazu gehörten unter anderem auch Finanzminister Weimar und Franz-Josef Jung. Sie alle hielten zusammen wie Pech und Schwefel, standen füreinander ein nach dem Motto: „Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus".

Auch Innenminister Volker Bouffier hat seine Skandale. Der jüngste, noch nicht ausgestandene, ist der um die Besetzung des Präsidentenpostens der Hessischen Bereitschaftspolizei. Da tagt noch der Untersuchungsausschuss. Es gab aber auch die Affäre um die „Mafia-Katze" vor des Ministers Haustüre oder die „Federballaffäre" wegen angeblicher Farb-Schmierereien. In beiden Fällen stellte sich heraus, dass von den ministeriellen und polizeilichen Beschuldigungen nichts übrig blieb. Es bleibt aber der Verdacht, dass hinter den polizeilichen Aktionen gegen die „Gegner" des Ministers der Minister selbst steckte. Es gab auch den Verdacht wegen Steuerhinterziehung gegen einen Mann, dessen Ehefrau (CDU-Mitglied) Richterin am Staatsgerichtshof ist. Sie sei in die Affäre verwickelt, hieß es. Zwar wurde der Ehemann verurteilt und den zuständigen Finanzbehörden wurde Schlamperei unterstellt, doch weder Koch noch Bouffier oder Weimar beriefen die Richterin ab. Sie trat schließlich selbst zurück.

Den Geist der Verfassung gebrochen

Vielen von uns sind diese Affären und Skandale der vergangenen zehn Jahre mehr oder weniger bekannt. Die beiden Autoren schildern aber Einzelheiten und legen beweise vor, die so nicht überall bekannt sind. Sie sind sich auch sicher, dass Politiker der Hessen-CDU nicht freiwillig zurücktreten. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass diese Politiker gewohnheitsmäßig den Geist der Verfassung brechen. Koch geht, doch sein System, sich über die im Grundgesetz vorgegebene Gewaltenteilung hinwegzusetzen, bleibt. Sie sind sich auch nicht sicher, ob Roland Koch (der Aufsichtsratsvorsitzender bei Bilfinger und Berger wird) nicht wieder in die Politik zurückkehrt.

„Ausgekocht" ist ein lesenswertes und nachdenklich stimmendes Buch. Es ist als Taschenbuch erschienen im Eichborn Verlag Frankfurt, ISBN 978-3-8218-6547-8, zum Preis von 14,95 Euro.

Norbert Weinbach

Wir weinen ihm keine Träne nach

Landespolizeipräsident Norbert Nedela von Boris Rhein „abgeschossen"

Die Sektkorken müssen Anfang November bei vielen Polizeibeschäftigten geknallt haben. Der Grund war die sofortige Entlassung des LPP Norbert Nedela durch den neuen Innenminister Boris Rhein. Da ging ein Aufatmen durch die Reihen der Polizei, von ganz unten bis ganz oben. Norbert Nedela war alles andere, nur kein Freund der Polizei, wie die GdP in zahlreichen Gesprächen festgestellt hat. Er gehörte zu dem „System Bouffier", des früheren Innenministers und jetzigen Ministerpräsidenten. Er und sein Vorgänger in diesem Amt, Roland Koch, haben eine umstrittene Führungspolitik betrieben, haben Skan-

dale, Skandälchen und Affären ausgesessen, haben höchstrichterliche Entscheidungen nicht beachtet und der Polizeipräsident war ihr willfähriger Handlanger.

Sieben Jahre war Norbert Nedela im Amt, bis er jetzt „wegen unterschiedlicher Auffassungen über die Führung der hessischen Polizei" (Abschiedsbrief Nedela) in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurde. Wenn ich ihm sowieso keine Träne hinterher weinen würde, könnten mir die Tränen kommen über den rührenden Abschiedsbrief, den er allen Polizeibeschäftigten geschickt hat.

Innenminister Boris Rhein spricht von „neuer Führungskultur", das heißt, mit der seitherigen Kultur kann es nicht weit her gewesen sein. Mit dem von ihm berufenen neuen LPP Udo Münch, seither Inspekteur der Polizei, wird sich diese Führungskultur sicherlich ändern. Soweit kenne ich diesen Mann auch.

In der Polizeispitze war man sich spinnefeind. In der Presse und auch intern wurde der Pfeifenraucher Nedela als Egozentriker, machtbewusst, kaltschnäuzig und selbstverliebt bezeichnet. Bei hm kam nur nach oben, wer buckelte. Wer aufmuckte, für den gab es den Begriff „Edeka", Ende der Karriere. Schon Volker Bouffier bedachte Beamt/innen, die sich wegen Missständen an die Öffentlichkeit wendeten, mit dem Totschlagsargument: „Sie bringen einen ganzen Berufsstand in Misskredit". Zahlreiche Polizeibeamt/innen wurden gemobbt, verleumdet, aus dem Amt gedrängt (siehe auch das Beispiel der Frankfurter Steuerfahnder in der Buchbesprechung „Ausgekocht"). Auch wenn es „Skandale" in den Reihen der Polizei gegeben hat, so wurde doch bei der „Verfolgung" oft mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Auch das Vorgehen der Staatsanwaltschaft gegen die LKA-Präsidentin Sabine Thurau hat etwas mit Nedela zu tun. Seine Freundin ist sie nicht. Man munkelt sogar, Nedela habe Akten fälschen lassen, um gegen sie vorgehen zu können. Willfährige blasse Leute berief der LPP (und mit ihm Bouffier) in hohe und höchste Ämter. Wahrscheinlich war ein CDU-Parteibuch eine der Voraussetzungen dafür, weniger die Erfahrung im Polizeibereich.

Ausgelacht hat jetzt der „abgeschossene" Landespolizeipräsident Norbert Nedela. nw

Das System Bouffier, Koch oder Nedela (Netzwerk der Polizei) hielt, bis Bouffier zum Ministerpräsidenten aufstieg. Da darf man gespannt sein, was jetzt noch kommt. Einige Beispiele des Systems seien hier genannt. So hatte er Hermann-Josef Klüber zum LPP-Vize ernannt. Es ist der Mann, der in Thüringen „kommissarischer oberster Polizeichef" war und entlassen wurde. Bouffier, dessen Anwaltskanzlei Klüber bei seiner Klage gegen das Land Thüringen vertritt, bescheinigte dem Parteikollegen: „Der Jurist klüber ist eine ausgezeichnete Wahl". Zumindest die GdP kommt gut mit ihm aus. Chef der HBP wurde Hans Langecker, ein „Partei- und Familienfreund Bouffiers", wie die Presse schreibt, angeblich ohne Ausschreibungsverfahren, wie vom VGH gefordert. Beworben hatte sich nämlich Wolfram Ritter, Vizechef der Bereitschaftspolizei. Er klagt jetzt, mit Unterstützung der GdP, gegen das Land Hessen. „Entlassen" worden sind auch Staatssekretärin Oda Scheibelhuber und LPP Udo Scheu.

Freihändige Personalpolitik wird nach Gutsherrenart betrieben, sagt die GdP. Sie spricht von massiver Verletzung der Rechtsstaatlichkeit. Untersuchungsausschüsse haben nichts gebracht oder sie laufen noch. Die Mehrheit von CDU/FDP hat alle Ergebnisse in ihrem Sinne beeinflusst. Die Opposition im Landtag bezeichnet die hessische Landesregierung als „Selbstbedienungsladen".

Wahrscheinlich weinen achtzig Prozent der Polizei dem ausgemusterten Polizeichef keine Träne nach. Sein dirigistischer Stil und seine umstrittene Personalpolitik haben für ein schlechtes Betriebsklima gesorgt. Da bleibt nur die Hoffnung, dass sich das unter Boris Rhein und Udo Münch ändert.

Norbert Weinbach

Polizeiführungskrise hat Auswirkungen auf das PP Südhessen

Polizeipräsident Dölger wechselt als kommissarischer Leiter zum HLKA

Der neue Innenminister Boris Rhein hat es wahr gemacht. Seine Vorstellung von kooperativem Führungsverhalten ist anders als der in der hessischen Polizei praktizierte „diktatorische Führungsstil" des ehemaligen Landespolizeipräsidenten Norbert Nedela. Er hat Mut bewiesen und mit der Versetzung Nedelas in den Ruhestand ein nachvollziehbares Zeichen gesetzt.

Die Kritik dürfte in diesem Zusammenhang auch dem bisherigen Innenminister Volker Bouffier in den Ohren klingen. Er war es, der einerseits mit fragwürdigen Stellenbesetzungen im Führungsbereich der hessischen Polizei Fakten schaffte und sich beispielsweise bei der Stellenbesetzung des Präsidenten der Hessischen Bereitschaftspolizei auch über ein Urteil des hessischen Verwaltungsgerichtshofes hinwegsetzte. Andererseits ließ er den LPP Nedela gewähren und tolerierte das dirigistische Führungsverhalten, unter dem vorrangig die Führungs-

kräfte der hessischen Polizei zu leiden hatten.

Die hessische Polizei, die GdP, aber auch die Personalräte sollten statt zurück in die Zukunft schauen. Mit der Ernennung von Udo Münch ist dem neuen Innenminister ein durchaus geschickter Schachzug gelungen. Ein Schutzmann von der Pike auf, hohe Fachkompetenz, aber auch ein hemdsärmeliger Praktiker mit der notwendigen sozialen Kompetenz, vor allem aber ein gesunder Menschenverstand zeichnen Udo Münch aus, das höchste Polizeiamt im Sinne der Polizeibeschäftigten mit Leben zu füllen.

Zu der „Führungskrise" passt es dann auch, dass Sabine Thurau wenige Wochen später „auf Ihre Bitte hin" von der Funktion der HLKA-Präsidentin entbunden wurde, „um Schaden von dem Amt abzuwenden".

Erst im März dieses Jahres wurde die Vorzeigepolizeibeamtin und Juristin mit einer Bilderbuchkarriere durch den damaligen Innenminister Volker Bouffier als bundesweit erste Frau als Präsidentin eines LKA berufen. Schon wenige Monate später wurde sie von ihrer vorherigen Tätigkeit als Vizepräsidentin beim Polizeipräsidium Frankfurt eingeholt.

Bis dahin war das PP Südhessen von diesen Vorfällen noch nicht unmittelbar tangiert. Auch der Personalratsvorsitzende konnte in einem Telefoninterview mit dem Darmstädter Echo mit gutem Gewissen bestätigen, dass der im LPP praktizierte Führungsstil nicht bei der Behördenleitung des PP Südhessen durchgeschlagen war. Dies ist nicht gleichbedeutend damit, dass es nicht unterschiedliche Auffassungen und zwangsläufig auch kontroverse Diskussionen und Meinungsverschiedenheiten zwischen Behördenleitung, Gewerkschaft und Personalrat gegeben hat.

Für den Personalratsvorsitzenden bedarf es demnach auch nicht der Nachfrage durch die Presse, um „dreckige Wäsche" zu waschen. Ganz im Gegenteil – in der Vergangenheit war es anlassbezogen durchaus notwendig, auch in der Presse die Polizeiführung des PP Südhessen zu kritisieren bzw. diese auch schriftlich beim LPP zu reklamieren. Die Erfahrung hatte allerdings gezeigt, dass LPP Nedela in seiner Rückantwort eigene Erlasse falsch zitiert und insgesamt wenig kritikfähig und letztendlich auch der falsche Ansprechpartner war. In solchen Fällen ist es künftig notwendig, entsprechende Kritik unmittelbar dem Innenminister vorzutragen.

Plötzlich gab es dann aber doch Veränderungen, die das PP Südhessen tangiert haben. So hat der neue LPP Udo Münch bei unserem PP nachgefragt, ob dieser bereit wäre, nach der Abordnung von Sabine Thurau die kommissarisch die Leitung des HLKA zu übernehmen. Letztendlich war es dann sicher ein Zugeständnis des PP Dölger an den neuen LPP, diese Funktion zumindest kommissarisch zu übernehmen.

Jetzt stellt sich vor allem die Frage, wie lange diese kommissarische Leitung des HLKA erforderlich sein wird?

Ich bin fest davon überzeugt, dass Sabine Thurau, die derzeit zum LPP abgeordnet ist, nicht wieder an die Spitze des HLKA zurückkehren wird. Wird dann PP Dölger der Nachfolger sein?

Sicherlich ist mit der Übertragung dieser Leitung eine Beförderung von B 4 nach B 5 verbunden. Ich denke aber, dass für PP Dölger das Prestige und die Beförderung von nachrangiger Bedeutung sein werden. Vor allem längere Wege zur neuen Dienststelle, aber auch die Verbundenheit mit dem PP Südhessen werden PP Dölger zum Nachdenken anregen.

Polizeipräsident Dölger hat kurzfristig zu einer außerordentlichen Führungsbesprechung beim PP Südhessen eingeladen. In dieser Runde erörterte er die Umstände, wie auch seine Bereitschaft, vorübergehend die Leitung des HLKA zu übernehmen. Er ging dabei allerdings durchaus davon aus, dass es sich um eine Abordnung auf Zeit handeln werde.

Diese Veranstaltung nahm auch Polizeivizepräsident Uwe Brunnengräber zum Anlass, im Namen der Führungskräfte PP Dölger nachträglich zu seinem 60. Geburtstag zu gratulieren.

Zum Zeitpunkt des runden Geburtstages im Sommer, hatte sich der PP zum „Abenterurlaub" nach Papua Neuguinea aufgemacht. Aus diesem Grunde gab es auch noch keine Gelegenheit, den Geburtstag im Kollegenkreis zu feiern. PVP Brunnengräber überreichte zu diesem Anlass das vorgesehene Geburtstagsgeschenk. Es handelte sich um ein gebundenes Buch, welches in Bildern den polizeilichen Werdegang von Gosbert Dölger dokumentierte, ehe er im Jahr 2003 als Polizeipräsident von Bayern zum PP Südhessen gewechselt ist. Dazu gab es eine „Fünf-Sterne Basecap" des PP Südhessen.

Wie geht es künftig beim PP Südhessen weiter?

Mit PVP Uwe Brunnengräber ist das PP Südhessen auch in der Vertreterposition hervorragend besetzt. Auch hier haben wir es mit einen Schutzmann von der Pike auf zu tun, der durch einen hohen Sachverstand, aber auch durch eine große Portion an gesundem Menscherverstand und sozialer Kompetenz sich einen guten Namen gemacht hat. Er wird sicher PP Dölger gut vertreten, das sehen vor allem die Beschäftigten so, die ihn schon seit Jahren in verschiedenen Führungsfunktionen kennengelernt haben.

Egal wie es am Ende ausgehen wird, entweder gibt es für PP Dölger eine Beförderung, oder er kommt zum PP Südhessen zurück. Auf jeden Fall wird er sicher in den nächsten 6-12 Monaten seinen Dienst im HLKA versehen müssen. ms

Einen alten Baum verpflanzt man nicht

Seniorenseminar: Betreutes Wohnen/Service Wohnen

„Betreutes Wohnen“ ist ein wichtiger Begriff für alle Menschen, die älter werden oder behindert sind. Man kann nicht rechtzeitig genug damit anfangen, sich darüber Gedanken zu machen, sonst kann es eines Tages zu spät sein. deshalb wurde dieses Thema auch beim Seniorenseminar 2010 in Tann/Rhön wieder auf die Tagesordnung genommen.

Fünfzig Teilnehmer/innen informierten sich beim Seniorenseminar der GdP-Hessen in Tann/Rhön über Problematiken, die nicht nur im Alter auftreten können. nw

In allen Lebensphasen sind Wohnung und Wohnumfeld für Menschen ein wichtiger Ort an dem privater Alltag und Lebensstil gestaltet werden. Das Zuhause ist Quelle für Sicherheit, Selbstständigkeit und persönliches Wohlbefinden. Wer vorausschauend plant, wählt sich daher schon in seinen „besten Jahren“ einen Wohnort an dem er gute Bedingungen zum Leben vorfindet – und denkt dabei auch daran, dass Wohnung, Haus und Umfeld ein guter Platz sind, um älter zu werden!

Vorsorge früh beginnen

Die Vorsorge, die das Wohnen im Alter betrifft, und alle anderen Dinge, die damit zusammenhängen, kann man nicht früh genug beginnen. Sie betrifft in erster Linie die Gesundheit. Es ist nie zu spät, auch im fortgeschrittenen Alter damit zu beginnen. Dazu gehören eine ausgewogene Ernährung, gesund leben und Bewegung. Dazu gehören aber auch Dinge, die uns im Alter oder bei einer Erkrankung/Behinderung helfen, einigermaßen selbst bestimmt weiter zu leben. Vorsorgevollmacht, Patientenverfügung und Betreuungsverfügung sind wichtig. Man sollte aber auch schon rechtzeitig eine Vollmacht zur Beantragung der Beihilfe bei der Beihilfestelle abgeben. Es gibt noch mehrere Arten von Vollmachten, die aufzuführen aber ein eigenes Seminarthema sind. Zu finden sind sie im Zweifelsfall in den Schriften der GdP und auch im APS-Programm der GdP im mitgliederinternen Teil. Da gibt es auch Hinweise zur richtigen Krankenversicherung, zu einer Pflegeversicherung oder einer Unfallversicherung für Senioren. Man sollte generell seine bestehenden Versicherungen dahingehend überprüfen, ob sie auch wichtig und notwendig sind im Alter, ob man sie umstellen muss oder ob man sie kündigen kann. Ein zweischneidiges Schwert ist dabei die Sterbegeldversicherung. In die zahlt man bei längerer Laufzeit oft mehr ein, als man herausbekommt. Das hat schon die Stiftung Warentest festgestellt.

Wohnen im Alter

Wer schon in jungen Jahren die richtige Entscheidung trifft für ein Wohnumfeld, das auch dem Alter gerecht wird, für den trifft das Sprichwort nicht zu: „Einen alten Baum verpflanzt man nicht“. Wer aber in dieser Richtung nicht vorgesorgt hat, der sollte sich schnellstens überlegen, wie er das ändern kann. „Geht nicht“! gibt es nicht. Alter oder auch eine körperliche und/oder geistige Behinderung führen oft zu Bewegungseinschränkungen. Kann man dann noch die Stufen hochgehen ins Schlafzimmer, muss man einen Treppenlift einbauen, kann man das Schlafzimmer ins Erdgeschoss verlegen, gibt es dort die notwendigen sanitären und altersgerechten Anlagen, hat die Wohnung eine begehbare Dusche oder eine Hebevorrichtung in der Badewanne, sind die Türen breit genug für einen Rollator oder für einen Rollstuhl, hat das Haus in dem man wohnt, einen Aufzug? Kann ich mir in meinem Umfeld die notwendige Unterstützung/Hilfe/Pflege besorgen, gibt es Ärzte in der Nähe, Einkaufszentren, einen öffentlichen Personennahverkehr, habe ich Familienmitglieder die mich unterstützen, habe ich das Geld, meine Wohnung altersgerecht zu gestalten, gibt es Finanzhilfen? All das sind Fragen, die man sich rechtzeitig stellen und auch beantworten muss. Auch hier finden sich im APS-Programm der GdP Antworten/Adressen, die weiterhelfen.

Demografische Entwicklung

Nicht vergessen dürfen wir die demografische Entwicklung. Je älter die Menschen werden, und sie werden immer älter, umso höher ist der Anteil an Ein-Personen-Haushalten. Der steigt bei den 80jährigen und Älteren rein statistisch auf zwei Drittel. Die Zahl der Menschen, die sich dann nicht mehr selbst versorgen können, die einen Pflegeplatz/zusätzliche Hilfe benötigen, steigt ständig. Der Wunsch, bis zum Tod in vertrauter Umgebung zu bleiben, geht immer weniger in Erfüllung. Großfamilien, die helfen könnten, gibt es auch immer weniger. Barrierefreie Wohnungen sind nicht überall zu haben, der Umbau oft zu teuer. Man sollte sich bei seiner Gemeinde erkundigen, wer altengerechte Wohnungen vermietet/verkauft. Man sollte auch nicht davor zurückschrecken, im Zweifelsfall das eigene Haus zu verkaufen. Die Entscheidung für eine neue Wohnung/ein ebenerdiges Haus, sollte rechtzeitig getroffen werden, damit der Umzug nicht so schwer fällt. Man sollte dabei auch bedenken, dass man den Kontakt zum Gesangverein, zum Sportverein, zu seinen Bekannten und Freunden

möglichst nicht verliert. Auch sie sind im Alter notwendig.

„Gemeinschaftliche Wohnformen, Nachbarschaftshilfe, ehrenamtliches Engagement, Hilfe zur Selbsthilfe, all dies sind Möglichkeiten, die wachsenden Lücken im familiären und staatlichen Versorgungsnetz nicht nur zu flicken, sondern mit neuem Leben auszufüllen“, schreibt die Stiftung Warentest in ihrem kleinen Leitfaden „Leben und Wohnen im Alter“. Es gibt immer mehr „junge Alte“ bei denen das Interesse an Wohnprojekten wächst, die eine Alternative bieten zum familiären Netz.

Wohnformen im Alter

Zunächst einmal muss man überlegen, ob man in der seitherigen Wohnung/im Haus bleiben kann, wenn der Partner/die Partnerin die notwendige Unterstützung leisten kann oder ob man sich Unterstützung/Pflege ambulant dazu kaufen kann. Das gilt auch für altengerechte Wohnungen. Eine andere Alternative ist ein Mehrgenerationenhaus wo mehrere Generationen unter einem Dach wohnen. Dann muss man aber auch in der Lage sein, sich in diese Gemeinschaft einzubringen. Stattdessen kann es aber auch eine Seniorenwohngemeinschaft sein in einer großen Wohnung, wo mehrere Senioren wohnen und sich gegenseitig unterstützen, und sei es nur beim Einkaufen. Hier ergänzen sich Alleinstehende und Paare. Die dritte Möglichkeit sind Seniorenwohnhäuser/Servicewohnen, betrieben von karitativen/privaten Einrichtungen. Hier kann man Ein- oder Zweipersonenwohnungen mieten/kaufen, mit angeschlossenem Hilfsangebot wie Hausmeisterservice, Wäscheservice/Pflegeservice/Notruf. Auch „Seniorenresidenzen“ gehören in diese Auflistung. Sie sind aber meist nur für gut betuchte Personen gedacht. Da gibt es erweiterte Leistungen, ein angenehmeres Ambiente, eventuell einen oder mehrere Ärzte im Haus und einiges andere mehr. Im Regelfall sind solche „Residenzen“ teuer.

Als letztes Angebot gibt es dann noch die Pflegeeinrichtungen. Zu allen Wohnformen sind aber im Vorfeld einige Fragen zu klären, z.B. ob der Partner/die Partnerin mit einziehen kann, wie das mit der Finanzierung geregelt ist. Hier darf man keine Angst haben, da die Pflegekassen/Pflegeinrichtungen die notwendigen Informationen geben zur Finanzierung. Man sollte sich auch nicht davor scheuen, Sozialhilfe in Anspruch zu nehmen.

Die GdP hat auf Bundes- und Landesebene das Thema Betreutes Wohnen/Servicewohnen aufgegriffen. Es ist fester Bestandteil im Seniorenprogramm. Gut wäre es, wenn sich Senioren auf ihrer örtlichen Ebene ein wenig in die GdP-Arbeit einschalteten. Wichtig dabei ist, dass man Einrichtungen für „Betreutes Wohnen“ auf örtlicher Ebene begutachtet, um Empfehlungen geben zu können. Rein juristisch dürfen wir keine direkten Empfehlungen geben, wir können aber über unsere Eindrücke berichten.

Norbert Weinbach

Wer bestellt, der bezahlt

Gerhard Kaiser informierte über Pflegeversicherung und Beihilfe

Man müsse unterscheiden zwischen einer Kranken- und einer Pflegeversicherung, erklärte Gerhard Kaiser, Sachbearbeiter bei der Beihilfestelle in Hünfeld, beim Seniorenseminar in Tann/Rhön. Pflegeversichert seien alle Menschen in Deutschland per Gesetz. Es gebe aber auch noch einen Unterschied zwischen freiwillig gesetzlich versichert, privat oder bei der Freien Arzt- und Medizinkasse (FAMK) versichert. Die Pflegeleistungen sind aber bei allen versicherten gleich, außer man hat noch eine zusätzliche private Versicherung für solche Fälle. Wer die Pflegeversicherung in Anspruch nehmen wolle, benötige eine Pflegestufe. Die Zuteilung einer der drei Pflegestufen liege in den Händen der Mitarbeiter des Medizinischen Dienstes der Pflegeversicherung. Sie handelten im Auftrag der Versicherung und versuchten, Geld zu sparen. Das heißt, möglichst keine Pflegestufe zuteilen. Das gehe bei einem Besuch in etwa nach

Auch wenn er es nicht so richtig wahrhaben wollte, Gerhard Kaiser war ein Fachmann für Pflegeversicherung und Beihilfe. nw

dem Motto: Sie können sich doch noch selbst anziehen, selbst waschen, selbst essen usw.? Natürlich antworten die meisten Menschen mit „Ja“, weil sie sich ja noch für voll handlungsfähig halten. Das aber ist die Falle. Wer so antwortet, bekommt in der Regel keine Pflegestufe. Ohne Pflegestufe gibt es aber kein Geld von der Pflegeversicherung. Und wer ohne Pflegestufe einen Pflegedienst beauftragt, der muss auch für die Kosten aufkommen, Motto: „Wer bestellt, bezahlt“.

Zuteilung einer Pflegestufe

Bevor man also für einen zu pflegenden Angehörigen eine Pflegestufe beantragt, sollte man ein „Pflegetagebuch“ führen und über einen längeren Zeitraum aufführen, was man mit dem zu Pflegenden macht. In der Dokumentation könnte stehen: Waschen, anziehen, Schuhe anziehen, einkaufen gehen, spazieren gehen, Hilfe beim Gang zur Toilette, beim Essen und sonstiges, was notwendig ist. Dazu sollte man die aufgewendete Zeit schreiben. Wenn dann der Medizinische Dienst kommt, sollte man vorher den oder die zu Pflegende darauf vorbereiten. Man sollte einen festen Termin ausmachen und anwesend sein, um

eingreifen zu können. Man kann auch Einspruch erheben gegen das „Urteil" des Medizinischen Dienstes.

Wichtig ist vor allen Dingen, sich vorher darüber im Klaren zu sein, ob ambulante oder stationäre Pflege notwendig ist, ob man selbst zuhause pflegt oder die betroffene Person in ein Heim muss oder ob betreutes Wohnen mit Heimanschluss (Pflegemöglichkeit) ausreichend ist. Ist ein Ehepartner da, der die Pflege übernehmen kann. Wohnen Kinder im Haus, die dazu in der Lage sind? Muss/kann das Haus/die Wohnung altersgerecht umgebaut werden, damit man in den eigenen vier Wänden bleiben kann?

Pflegestufen und Kosten

In der Pflegestufe I (ambulant) reicht das Pflegegeld (zusammen mit der Rente) meist aus, um selbst zuhause pflegen zu können oder eine Pflegekraft in Anspruch zu nehmen. Bei der Pflegestufe II wird es finanziell knapp. Das pauschale Pflegegeld ist erheblich geringer wie der der Zuschuss für professionelle Hilfe. das ist politisch gewollt.

Bei Pflegestufe III, vollstationär, reicht das Geld der Pflegekasse auf keinen fall und es wird auch eng mit der eigenen Rente und der vom Staat gewährten Beihilfe bei Pensionären. Will man in dieser Stufe zuhause pflegen, sollte man einen Pflegekurs gemacht haben. Bei professioneller privater häuslicher Pflege prüft die Pflegekasse, ob für den/die Pflegende/n Rentenbeiträge gezahlt werden müssen. Die bezahlt die Pflegekasse.

Wenn das eigene Geld und das der Kasse nicht ausreichen, hilft das Sozialamt. Das prüft aber vorher, welche Vermögenswerte vorhanden sind (das eigene Haus wird „verwertet") und wie diese zu Geld gemacht werden können für die Pflegekosten. Wichtig ist auch, zu wissen, dass Familienangehörige auf- und absteigender Linie zum Unterhalt verpflichtet sind. Sowohl Eltern für Kinder als auch umgekehrt. Schwiegerkinder gehören nicht dazu. Ihre Vermögenswerte dürfen auch nicht herangezogen werden.

Generell ist zu sagen, dass die Pflegeversicherung verbessert werden müsste. Eine „Ludmila" mit Touristenvisum darf hier nicht pflegen, auch wenn das tausendfach gemacht wird. Es ist illegal und strafbar, auch wenn es für die Betroffenen bequem ist, jemanden für etwa 1000 Euro zu haben, der rund um die Uhr pflegt. Es gibt professionelle Pflegedienste, die ausgebildete Kräfte vermitteln. Das kostet in der Regel 1100 bis 1300 Euro im Monat. Dann trägt dieser Pflegedienst das Risiko. er muss diese Menschen gesetzlich versichern.

Beihilfe

Auch für notwendige Pflege gibt es Beihilfe. 50 Prozent zahlt die Pflegekasse, 50 die Beihilfe. Wer eine Pflegestufe hat, sollte dies mit der „Anlage P" der Beihilfestelle schicken. Bei der Pflege gilt die Bundesbeihilfeverordnung. Bei Hilfsmitteln gibt es feste Sätze nach dem Katalog für Pflegehilfsmittel, z.B. für ein Pflegebett mit einer bestimmten Matratze, für einen Badewannenlifter, bei der Verbesserung des Wohnumfeldes (etwa bodenebene Dusche, breite Tür für Rollstuhl, Treppenlift). Das geht aber nur, wenn eine Pflegestufe zugeteilt ist. Alles was hier von der Krankenkasse/Pflegekasse anerkannt wird, ist auch beihilfefähig. Zuschüsse gibt es auch bei einfacheren Hilfsmitteln wie Rollator, Krücken, Toilettenstuhl). Bei einem Heimaufenthalt seien Inkontinenzartikel meist im Heimsatz enthalten. Würden sie gesondert verordnet, dürfe kein Eigenanteil abgezogen werden, da es sich nicht um ein Rezept handle.

Es gibt auch Beihilfe für Unterkunft und Verpflegung (Hotelkosten), abzüglich des Anteils, der zuhause auch benötigt würde. Bei ambulanter Pflege können auch Teilleistungen eines Pflegedienstes in Anspruch genommen werden. Das gilt als „Pflegesachleistung" (Kombipflege). Bei häuslicher Pflege hat der/die Pflegende Anspruch auf bis zu vier Wochen Urlaub, auf Kosten von Pflegeversicherung und Beihilfe. Ein Bediensteter, der Anspruch auf Beihilfe hat, sollte möglichst sofort bei der Beihilfestelle einen Antrag stellen, dass bestimmte Personen die Beihilfe in seinem Namen beantragen können. Dazu gibt es ein Formular, das bei der Beihilfestelle beantragt werden kann. Dort wird der Antrag mit den entsprechenden Namen registriert. Das kann man jederzeit machen, da man nicht weiß, ob man nicht plötzlich aufgrund eines Unfalls oder einer Krankheit nicht mehr in der Lage ist. für sich selbst zu sorgen. In diesen Bereich gehören auch die Kapitel Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht.

Änderungen der Beihilfe

Er sei zwar nicht unbedingt auf dem neuesten Stand der geplanten Beihilfeänderungen, sagte Gerhard Kaiser, mit dem man während seines Vortrags diskutieren konnte, er sei sich aber sicher, dass etwas geändert werde und zwar zuungunsten der Beschäftigten. Ein „Diktat der leeren Kassen" dürfe allerdings nicht zu rigorosen Kürzungen kommen. Das hätten höchstrichterliche Urteile schon festgelegt. Man rechne mit einer Kürzung der Sätze für Heilpraktiker (die eigentlich ganz gestrichen werden müssten, was aber eine bestimmte Partei verhindert habe). Es gäbe auch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, dass die Praxis, den Erben eines beihilfeberechtigten verstorbenen keine Beihilfe gezahlt werden, nicht verfassungsgemäß sei. Notwendige Aufwendungen für Beerdigungen würden als Beihilfe auch an Eltern oder Kinder ausgezahlt. Bei anderen Personen muss nachgewiesen werden, was bezahlt worden ist und was die Krankenkasse bezahlt hat. Die Sachleistungsbeihilfe für freiwillig gesetzlich Versicherte wird wahrscheinlich wegfallen, so Kaiser. Davon seine aber nur etwa zehn Prozent der Polizeibeamt/innen betroffen. Man könne nur hoffen, dass es einen Bestandsschutz gebe. Die Beihilfe müsse angemessen sein. Die Leistungen dürften nicht unter den gesetzlichen Leistungen liegen. Zu Problemen könne es hier bei Hörgeräten kommen. Die würden sehr schlecht „gesponsert". Gesetzliche Versicherungen zahlten fast das Doppelte. Probleme gebe es auch bei der Beschaffung von Cepap-Geräten für Schlafapnoe.

Wer sich persönlich über „Pflege“ und alles was damit zusammenhängt informieren will, der Kann sich bei der örtlichen Arbeiterwohlfahrt, bei der Caritas, der Inneren Mission oder bei seinem zuständigen Sozialamt informieren. Dort wird ihm kompetenter Rat zuteil. Man kann wegen entsprechender Broschüren auch anfragen beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Broschüren können dort bestellt werden unter der Adresse: Postfach 201551, 53145 Bonn. Eine gute Adresse für ältere Menschen ist auch die „BAGSO“. Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen, Bonngasse 10, 53111 Bonn, E-Mail: kontakt@bagso.de.

Lob für Veranstalter und Veranstaltungsort

Die Seminarteilnehmer/innen zeigten sich sehr angetan von diesen Informationen. Sie lobten bei der Seminarkritik auch das Engagement des Seniorenvorstandes. Viel Lob gab es für Unterkunft und Verpflegung im Gasthaus „Zur Krone“. Da merkten alle, dass dieses Haus auch eine eigene Metzgerei hat mit vielen Wurst- und Fleischspezialitäten. nw

PSHH bietet Hilfe in Notlagen

Bernhard Langer und Walter Janouscheck bei den Senioren

Beim gut besuchten Seniorenseminar der Hessen-GdP in Tann/Rhön, berichtete Bernhard Langer über die Aktivitäten der Polizei-Sozialhilfe Hessen, die mit den GdP-Senioren zusammenarbeite. Die PSHH unterstütze Kolleg/innen in Notlagen. Es gäbe zahlreiche kranke Kolleg/innen, denen man helfen könne, wenn es ihnen finanziell nicht so gut gehe. Es könne monetäre Hilfe sein oder auch Hilfe bei Bürokratismus. Notwendig sei aber, dass die Kreisgruppen an die PSHH heranträten. Walter Janouschek stellte das „Präventivprogramm für Senioren“ vor. Hier sei ein Netzwerk geknüpft worden mit Behörden, Organisationen, Vereinen und Politikern. Die PSHH sei gerne bereit, dieses Programm den Senioren in Bezirks- und Kreisgruppen vorzustellen. Die Erlaubnis, das auf Dienststellen zu machen, habe das HmdIuS generell gegeben. Interessierte Kreisgruppen müssten aber auch hier an die PSHH herantreten. Adresse der PSHH:

Polizei-Sozialhilfe Hessen, Saalestr. 9, 65468 Trebur, Telefon 06147-7305.

Gesprächsklima hat sich verbessert

Jörg Schumacher, stehend, und Bernhard Langer waren zwei der Referenten bei Seniorenseminar der Hessen-GdP in Tann/Rhön. nw

Mit dem neuen Innenminister Boris Rhein sei ein angenehmes Gesprächsklima zustande gekommen, berichtete der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Jörg Schumacher beim Seniorenseminar. Mit dem neuen Dienstrechtsmodernisierungsgesetz würden auch die Verhandlungen aufgenommen über eine Veränderung der Lebensarbeitszeit. Es stehe immer noch das Motto der GdP im Raum „20 Jahre belastende Dienstzeit sind genug“. Da werde es dann allerdings Übergangsvorschriften geben. Generell kämen auf die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes durch die Föderalismusreform noch einige Änderungen zu. Interessant sei auch ein neues höchstrichterliches Urteil, dass der Urlaubsanspruch auch bei längerer Krankheit nicht verfalle. Die GdP kümmere sich auch um den Bereich des Zusatzurlaubs für den Schichtdienst. Durch die Föderalismusreform habe die Bundes-GdP immer weniger zu sagen, klagte er, die Landesbezirke müssten aber weiterhin das gleiche Geld an den Bund bezahlen, hätten aber immer mehr Aufgaben alleine zu erfüllen.

Auch zur Mitgliederwerbung fand Jörg Schumacher einige Worte. Man müsse junge Leute mit Präsenten werben und ihnen während der Studienzeit auch einen Teil des Beitrags erlassen, da dies andere Organisationen ebenso machten. Aber auch hier müsse der LB Hessen nach wie vor die Beitragsanteile an den Bund bezahlen für den vollen Gewerkschaftsbeitrag. Weitere Themen waren das „GdP-Phone 02“ und das Dienstrechtsmodernisierungsgesetz, das sich auch mit der Veränderung der Beihilfe befassen werde. Sowohl zu dem Beitrag der PSHH-Vertreter als auch zu dem von Jörg Schumacher gab es eine rege Diskussion. nw

Die Rechte der Senioren stärken

Süddeutsches Treffen der GdP-Senioren in Eltville/Rheingau

Immer im eigenen Saft kochen oder bei den Bundesvorstandssitzungen der GdP-Senioren in Berlin zuhören, was in den einzelnen Bundesländern passiert oder geschehen ist, ist eine Sache. Sich aber zu einem zweitägigen Gedankenaustausch treffen mit allen süddeutschen Ländern, angefangen von Bayern bis Sachsen, das ist eine andere Sache. Da kann man sich ausführlich unterhalten, kann auch ausloten, wo das besondere Interesse der „Süddeutschen“ liegt und welche Schwerpunkte man unter

Umständen gemeinsam setzen könnte.

Das war auch nicht anders, als sich die Vertreter der süddeutschen Länder in Eltville im schönen Rheingau trafen. Eingeladen hatte der Bezirk Bundeskriminalamt (Winfried Wahlig). Natürlich gab es dabei auch eine Führung durch die „Stadt der Rosen" und ein gemütliches Abendessen mit der Verkostung verschiedener Weine. Die Hauptrebe im Rheingau ist der Riesling und der schmeckte den meisten Teilnehmern auch am besten. Zu diesem Abendessen hatte sich auch Bezirksvorsitzender Jürgen Vorbeck eingefunden, der die Teilnehmer herzlich begrüßte.

Die Teilnehmer am Treffen der süddeutschen Seniorenvertreter der GdP in Eltville. nw

Nachlese zur Bundesseniorenkonferenz

Einer der Schwerpunkte der Beratung war die „Nachlese" zur Bundesseniorenkonferenz. Hier waren sich eigentlich alle Teilnehmer (und die einzige Teilnehmerin) einig, dass die Vorstandswahlen eine vorher abgekartete Sache waren, dass der Bundesseniorenvorstand noch am Tag zuvor Norbert Weinbach mehrheitlich nominiert habe, obwohl da schon der Mehrheit klar war, dass er nicht gewählt würde. Er fiel im ersten Wahlgang mit Pauken und Trompeten durch, was in der Berichterstattung der Zeitschrift „Deutsche Polizei" nur mehr oder weniger in einem Nebensatz erwähnt wurde. Weinbach verzichtete im zweiten Wahlgang auf eine erneute Kandidatur. Gewählt wurde dann der Mann, der eigentlich als Stellvertreter nominiert worden war, der aus Nordrhein-Westfalen kam und sich mit einer langen, sehr gut vorbereiteten Rede, den Delegierten vorstellte. Er wurde dann auch zum Vorsitzenden gewählt. Norbert Weinbach machte bei dem Treffen in Eltville deutlich, dass er von vornherein auf eine Wahl verzichtet hätte, wenn die Vorstandsmitglieder ehrlich gewesen wären. Dann hätte man sich diesen Schlamassel ersparen könne. Es bleibe ein gewisses Misstrauen, was die zukünftige vertrauensvolle Zusammenarbeit im Bundesvorstand nicht gerade leicht mache.

Rechte der Senioren in der GdP

Ausgiebig diskutiert wurden auch die Rechte der Senioren in den Einzelgewerkschaften des DGB. Dabei waren die Teilnehmer erstaunt, dass sogar die GdP-Vertreter beim DGB-Bundeskongress gegen die Aufnahme in den DGB-Vorstand gestimmt hätten. In fast allen Einzelgewerkschaften werde die Seniorenarbeit nicht so ernst genommen, wie in der GdP. Artur Jung, seither Bundesseniorenvorsitzender, war der Ansicht, dass die Seniorenvertreter in den Ländern stimmberechtigte Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes sein sollten (ebenso wie Junge Gruppe und Frauengruppe). Im Saarland habe man für die Senioren viele (selbstverständliche) Rechte erkämpft. Da hätten die Senioren auch einen eigenen Etat. Die Anschaffungen von technischen Geräten für den Seniorenvorsitzenden, wie etwa Computer oder Drucker, würden vom Landesvorstand bezahlt. Bei Landesdelegiertentagen sollten die Seniorenvertreter der Bezirke auch Delegierte sein. Da Frauengruppe und Junge Gruppe im Regelfall zu den Aktiven im Beruf gehörten, gebe es hier eine Überschneidung zu den nicht mehr aktiven Pensionären. Auch beim Bundeskongress sollten Pensionäre mit ordentlichen Delegierten vertreten sein. Da erhebe sich die Frage, inwieweit die Satzung geändert werden müsse, um das in den Ländern durchzusetzen.

Unterschiedliche Arbeit in den Ländern

Aus den Berichten der Teilnehmer ging einmal mehr hervor, dass in den einzelnen Ländern/Bezirken unterschiedlich gearbeitet werde. Das liege an den örtlichen Vertretern. Da müsse es klappen. Als Beispiele wurden unter anderem genannt Ein- oder Mehrtages-Fahrten, Stadtführungen, Grillfeste, Kegelabende, Theaterbesuche, Teilnahme an Demonstrationen der GdP oder des DGB. Die Seniorenvertreter sollten auch zu den KG-Versammlungen gehen, um immer auf dem Laufenden zu sein. Die Seniorenarbeit werde immer wichtiger. Diese Arbeit müsse in den Gremien besprochen werden, weshalb die Seniorenvertreter auch in den entscheidenden Gremien vertreten sein müssten. Aufgeworfen wurde in diesem Zusammenhang auch die Frage nach dem „Beirat". Werde es den in den kommenden Jahren noch geben oder einmal pro Jahr eine Versammlung mit allen Kreisgruppenvorsitzenden und den Vertretern der Personengruppen. Da müsste dann ein gewerkschaftspolitischer Bericht erfolgen und der Haushalt verabschiedet werden.

nw

Rätsel

Max, der sonst nur schwarzen Kaffee trinkt, möchte einmal Milchkaffee probieren. Er bestellt im Cafe` eine Tasse Kaffee und ein Kännchen Milch. Zunächst trinkt er genau ein Sechstel des schwarzen Kaffees aus der Tasse und füllt mit Milch auf. Die Mischung schmeckt ihm, er trinkt ein Drittel der Tasse leer und füllt wieder mit Milch auf. Mit dem dritten Schluck leert er die Tasse zur Hälfte, und nachdem er sie wieder mit Milch aufgefüllt hat, trinkt er sie mit einem Zug aus.

Hat er nun mehr Kaffee oder mehr Milch getrunken?

Lösung

Weder noch. Er hat genauso viel Kaffee wie Milch getrunken.

Getrunkener Kaffee: 1/6 + 1/3 + 1/2 Tasse = 1/6 + 2/6 + 3/6 = 6/6 oder 1 Tasse.

Genauso berechnet sich die jeweils nachgegossene Milchmenge 1/6 + 1/3 + 1/2 Tasse Milch. hr

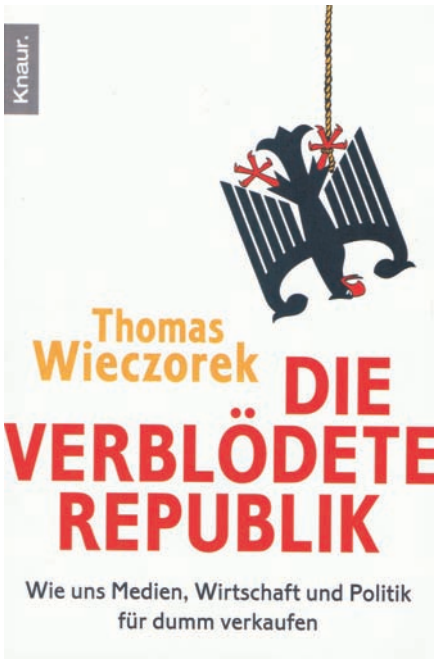
Die verblödete Republik

Wie uns Medien, Wirtschaft und Politik für dumm verkaufen

Der 57jährige Thomas Wieczorek ist studierter Volkswirtschafter, Journalist und Parteienforscher. Er arbeitete für verschiedene renommierte Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen. Promoviert hat er mit dem Thema „Die Normalität der Politischen Korruption". Schon das zeigt die kritische Einstellung des Bücherschreibers, dass er den Parteien und den Managern der Wirtschaft kritisch auf die Finger schaut, dass er die Hintergründe des politischen und wirtschaftlichen Geschehens ausleuchtet und öffentlich macht. Das macht er auch in dem hier besprochenen Werk „Die verblödete Republik" mit dem Untertitel „Wie uns Medien, Wirtschaft und Politik für dumm verkaufen". Das Buch ist 2009 erschienen im Knaur Taschenbuch Verlag, ISBN 978-3-426-78098-5, zum Preis von 8,95 Euro und im Buchhandel erhältlich.

Dass dieses Werk keine Eintagsfliege ist, zeigen die ebenfalls bei Knaur erschienen Bücher von Wieczorek: „Die Stümper". Über die Unfähigkeit unserer Politiker. „Schwarzbuch Beamte". Wie der Behördenapparat unser Land ruiniert. „Die DAX-Ritter". Wie Manager unser Land ruinieren. „Die Dilettanten". Wie unfähig unsere Politiker wirklich sind. In allen Werken nimmt der Autor kein Blatt vor den Mund, belegt seine Aussagen mit entsprechenden Quellenangaben und Hintergrundinformationen.

In seinem neuen Werk nimmt Thomas Wieczorek nicht nur Politik und Wirtschaft aufs Korn, auch die Medien werden nicht verschont. Das Fernsehprogramm werde immer seichter, zeige immer mehr Koch- und Tiergeschichten, Daily Soaps, Superstar- und Topmodel-Wettbewerbe, fülle die Abende mit meist sinnlosen Talkrunden und berufe sich auf zweifelhafte, weil nicht belegte, Gutachten und Umfragen in der Bevölkerung. „Man kann einen Teil des Volkes die ganze Zeit täuschen, Und das ganze Volk einen Teil der Zeit. Aber man kann



Wer sich ein Bild machen will, wie Politik und Wirtschaft wirklich funktionieren, wie wir auf den Arm genommen werden, der sollte das Buch „Die verblödete Republik" lesen. nw

nicht das ganze Volk die ganze Zeit täuschen", zitiert er den einstigen amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln. Es ist auch nicht alles wahr „weil's in der Zeitung steht", wie ein Liedermacher einmal sang. Meinungsfreiheit ist die Freiheit einiger weniger Medienmacher, weiß Wieczorek. Die wahre Volksverblödung aber findet genau dort statt, wo sie der selbsternannte Bildungsbürger am wenigsten vermutet: in den Medien, der Wirtschaft und vor allem in der Politik, schreibt der Autor. Wer all die hochgestochenen Berichte und Kommentare der „seriösen Medien", die supergewichtigen Konjunkturprognosen der Wirtschaft und die treuherzigen Wahlversprechen der Politik so unreflektiert aufsaugt wie der Bibeltreue das Alte Testament, der ist schon hereingefallen. Heraus kommt ein Abklatsch, der noch weniger Wert ist als ein Zerrbild. Letzteres nämlich könnte man – rein theoretisch entzerren. Was den Bürgern allerdings Tag für Tag, Woche für Woche, Jahr für Jahr zugemutet wird, das ist – wie der Volksmund zu Recht sagt – „so falsch, dass nicht einmal das Gegenteil stimmt". Dass noch immer viel zu viele Mitbürger dem geballten Müll der Meinungsmacher vertrauen, ist die schlechte Nachricht. Dass immer mehr Menschen den Verblödungsprofis auf die Schliche kommen – siehe auch manche Nichtwähler – lässt hoffen, schreibt Wieczorek. „Stuttgart 21" ist ein positives Beispiel.

Der Autor greift die „Soziale Marktwirtschaft" ebenso auf wie den „Neoliberalismus". Er sieht im „Ehrenamt" die Dummen, geißelt die sich immer weiter ausbreitende Schere zwischen arm und reich ebenso wie den Spruch, dass Mindestlohn den Aufschwung gefährdet. Er zeigt auf, dass immer die kleinen Leute mit weniger Einnahmen und höheren Steuern den Karren aus dem Dreck ziehen, den skrupellose Manager und Banker dorthin gefahren haben. Reiche Leute werden geschont. Unter Helmut Kohl mussten sie höhere Steuern zahlen als unter Rot-Grün. „Heuschrecken", das Übel in vielen Wirtschaftszweigen, wurden auch erst durch Schröder und Fischer möglich. Fehler haben aber auch CDU, FDP, Grüne und Linke gemacht. Irgendwo geht es ihnen alle irgendwie um Macht und nicht um Gerechtigkeit. Wieczorek entlarvt den Spruch „Kapital" arbeitet", zeigt auf, dass auch mit Riester-Rente die Alten künftig verarmen, dass „Kundenberater" von Banken und Versicherungen mehr auf ihren eigenen Vorteil schauen als auf den ihrer Kunden.

Er weiß, dass Meinungen erkauft werden von allen, die ein Interesse an der Erhaltung der Macht haben. Kriege am Balkan, im Irak oder Afghanistan nutzen nur den Reichen, nicht aber dem Volk. Es gehe nicht um Demokratie, sondern um wirtschaftliche Macht. Es werden Menschen, Gruppen gegeneinander ausgespielt, die Unterschicht gegen die Oberschicht, die Dicken gegen die Dünnen, so wie es den Menschen passt, die an den Hebeln der Macht sitzen. Es wird gelogen und betrogen, offen und verdeckt, die Wirtschaft beherrscht die Politik, Bildung wird nur insoweit zugelas-

sen, als sie die Mächtigen nicht gefährdet und so weiter und so weiter.

Die Bandbreite dessen, was Thomas Wieczorek anspricht, geht so weit, dass man sie hier nicht voll wiedergeben kann. Lesenswert ist sein Buch „Die verblödete Republik“ aber allemal. Dabei werden so manchem Leser, so mancher Leserin, die noch nicht ganz verblödet sind, die Augen aufgehen über das Ränkespiel der „Eliten“ und derer, die sich dafür halten.

Norbert Weinbach

Ansprechpartner sind die Personalräte

GdP lehnt Modell „Landesbeauftragte“ der hessischen SPD ab

Die Fraktion der SPD im hessischen Landtag hat einen Gesetzentwurf vorgelegt, der eine/n Landesbeauftragte/n für die hessische Polizei beim hessischen Landtag vorsieht. Das Muster ist dabei wohl der Wehrbeauftragte der Bundeswehr, der dem Bundestag untersteht. An ihn können sich Angehörige der Bundeswehr vertraulich wenden. Er ist nicht der Bundesregierung verantwortlich, sondern nur dem Bundestag. Da sich aber die Strukturen von Bundeswehr und Polizei nicht ähneln, sieht die GdP keine Notwendigkeit für einen besonderen Polizeibeauftragten.

Zwar sind sich alle Fachleute in den hessischen Landtagsfraktionen einig, dass die Polizei über eine unsensible Führungskultur verfügt, wie man in den vergangenen Wochen auch den Medien entnehmen konnte. „Fortwährende Unmutsäußerungen von Kolleg/innen über eine dirigistische Führungskultur bis hin zu systematischen Mobbingvorwürfen innerhalb der hessischen Polizei sind nicht neu und in einer Vielzahl von Fällen eindeutig zu belegen. Neu hingegen sind der deutliche Anstieg und das damit verbundene breite Interesse der Medien“, fasst die GdP die Sachlage zusammen. Mit großer Aufmerksamkeit und auch mit Sorge betrachte die GdP die Berichterstattungen zu dem Thema. Bereits im Jahr 2007 habe die GdP in einem öffentlichen Beitrag auf die inakzeptable Führungskultur hingewiesen.

Ein/e Polizeibeauftragte/r könnte hilfsweise geeignet sein, sich der Sorgen und Nöte der Polizeibeschäftigten als unabhängige Institution anzunehmen, losgelöst von Dienstrang und Dienstweg, falls andere Ansprechpartner nicht zur Verfügung stünden, ist die Meinung der GdP. Sie sieht aber in den von den Beschäftigten selbst gewählten Personalräten die zuständige Stelle für die Sorgen und Nöte der Kolleg/innen. Das ergebe sich zweifelsfrei aus den gesetzlich fixierten Aufgaben und Befugnissen der Personalräte. Beklagenswert sei allerdings, dass unter der Verantwortung der Landesregierung die Rechte der Personalräte stark beschnitten und ihre Zahl begrenzt worden sei. Es gebe bei Länder- und Bundespolizei kein schlechteres personalrätliches Betreuungsverhältnis als bei der Polizei in Hessen. Trotz nachhaltiger Hinweise im Gesetzgebungsverfahren habe sich die Mehrheit im Parlament beratungsresistent gezeigt. Von einer „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ zwischen Behördenleitung und Personalräten könne keine Rede mehr sein. Eigentlich sollte sie eine gute Führungskultur und damit auch ein gutes Betriebsklima garantieren oder zumindest dabei mithelfen. Das bedeute in einem demokratischen Rechtsstaat aber eine Balance beiderseitiger Interessen.

Diese Balance sei durch die Beschneidungen der Befugnisse der Personalräte im Hessischen Personalvertretungsgesetz (1999 und 2003) nicht mehr gegeben. Durch eine einseitige Kräfteverteilung könnten die Personalräte die Interessen der Kolleg/innen nur noch sehr eingeschränkt vertreten. So sind der Unmut, die Unzufriedenheit und die mangelnde Akzeptanz zum Führungspersonal beklagenswerter Weise im Laufe der vergangenen Jahre gewachsen, wie sich nun zeige. Eine unabhängige Kontrollinstanz, auch wenn sie unmittelbar beim hessischen Landtag angesiedelt sei, sei kein Garant für eine demokratische und von allen Seiten akzeptierte Führungskultur. Die hessische Polizei brauche keinen „Supervisor“ und kein „Konkurrenzorgan“ zu den Personalräten, sondern ein gelebtes innerdemokratisches Leitbild. „Insofern ist das Institut des oder der Polizeibeauftragten nicht nur ein vom Grundgedanken der Personalräte wegverlagerte Hilfslösung, sondern eine „ultima ratio“, die bei einer angemessenen personalrätlichen Personalausstattung und einer gelebten demokratischen Führungskultur entbehrlich wäre“, ist die Meinung der GdP. Deshalb lehnt sie den/die Personalbeauftragte/n ab.

gdp/nw

Aktiv werden und Protest organisieren

Empfindliche Erhöhung der Krankenkassenbeiträge

„Beschäftigte und Erwerbslose sollen Rosskur bezahlen“, schreibt die Gewerkschaft Ver.di in einem Flugblatt und ruft damit zu gemeinsamer Gegenwehr auf. „Aktiv werden und Protest organisieren“ lautet ihr Motto. Dabei geht wieder einmal um eine „Reform“, die das Wort Reform nicht verdient. Reform heißt eigentlich, etwas besser zu machen. Was die Bundesregierung aber jetzt mit der so genannten „Krankenkassenreform“ macht, liegt genau auf der Linie der Regierung, die vor einigen Jahren das Solidaritätsprinzip der deutschen Krankenversicherung aufgebrochen hat.

Unternehmer und Beschäftigte zahlten nicht mehr je die Hälfte der Beiträge. Arbeitgeber brauchten nur noch 7,0 Prozent zu zahlen und Erwerbstätige 7,9 Prozent des einheit-

lichen Beitragssatzes von 14,9 Prozent. Unabhängig davon wurde/wird die Solidarität untergraben durch Vorteile für die private Krankenversicherung.

Allen Politikern voran marschiert Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler (FDP), selbst Mediziner. Er sieht dieses ungerechte und unterschiedlich belastende Verfahren als veraltet an. Er will die seit 1999 um mehr als 30 Prozent gestiegenen Ausgaben der Krankenkassen durch erhöhte Beiträge finanzieren. Gleichzeitig will er aber auch im kommenden Jahr die Zuschüsse um 0,4 Milliarden Euro und 2012 um weitere 1,3 Mia Euro senken. Dazu kommt noch, dass die Ausgaben für Arzneimittel weit überdurchschnittlich um fast 70 Prozent gestiegen sind. Gegen die Pharmaindustrie und ihre gut verdienenden Manager will Herr Rösler aber nicht vorgehen. Diese einflussreichen Unternehmen sollen nicht unnötig zur Kasse gebeten werden.

Da die Erwerbstätigen und die Arbeitslosen aber keine solche Lobby haben, müssen sie die Zeche bezahlen. Ihr Beitrag steigt erst einmal auf 8,2 Prozent. Wenn das nicht reicht, werden nicht etwa die Arbeitgeber zur Kasse gebeten, dann können (müssen) die Krankenkasse „Zusatzbeiträge" erheben. Die werden aber nicht mehr wie bisher auf ein Prozent des Einkommens beschränkt sein. Während der Gesundheitsminister behauptet, der durchschnittliche Zusatzbeitrag falle bis 2014 nicht höher aus als 16 Euro im Monat, rechnen ernstzunehmende Wissenschaftler mit einem Anstieg von bis zu 80 Euro im Monat bis zum Jahr 2020.

Nur wenn sich alle Beschäftigten gegen diese „Reform" gemeinsam wehren, bestehe die Chance auf Wiederherstellung der solidarischen Krankenversicherung, ist die nicht unberechtigte Meinung von ver.di.

nw

„Schuldenverbot" - ein Bumerang für die Bevölkerung

Hessische Landesregierung will das Volk verdummen

Eigentlich sollte die Bevölkerung froh sein, wenn den Regierungen ein „Schuldenverbot" in die Verfassungen geschrieben würde. Der Bundestag hat so etwas ins Grundgesetz geschrieben. Angesichts der vielen Milliarden Euro, die diese Regierung angehäuft hat, erscheint das ja vernünftig.

Auch die hessische Landesregierung hat in den vergangenen Jahren weit über ihre Verhältnisse gelebt und Milliarden neue Schulden angehäuft. Jetzt will sie auf die berühmte „Schuldenbremse" treten und bis zu einem gewissen Zeitpunkt keine neuen Schulden mehr machen und die alten abbauen.

Diese Regierung ist aber nicht so dumm, wie es scheint. Sie will nämlich bei der Kommunalwahl im März 2011 per Volksbefragung wissen, ob es ein „Schuldenverbot" geben solle. Damit haben dann alle Wahlberechtigten den schwarzen Peter. Wenn es nämlich ein „Schuldenverbot" gibt, ist damit zu rechnen, dass der Bevölkerung künftig bestimmte Dinge vorenthalten werden. Es könnte für die Landesregierung ein Signal sein, zum Beispiel die Gehälter/Pensionen/Renten der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu kürzen, Gelder für Kindergärten und Schulen zu kürzen oder gar zu streichen. Dann wäre unter Umständen die öffentliche Sicherheit in Gefahr oder unser Bildungswesen ginge noch mehr am Stock als seither. Die bisherige Rentenreform der Bundesregierung erschöpft sich doch wieder nur im Streichen von Leistungen. Und die Gesundheitsreform verdient diesen Namen auch nicht, weil sie wieder zu Lasten der arbeitenden Menschen geht, nicht zu Lasten der Unternehmer. Die Beiträge werden einmal mehr höher und die Leistungen geringer. Wenn es darum geht, der Bevölkerung etwas wegzunehmen, sind Politiker immer erfinderisch. Das gilt auch, wenn sie nichts streichen und stattdessen die Steuern und Abgaben erhöhen. Das geht dann auch wieder zu Lasten der kleinen Leute. Es glaubt doch keiner, dass dann die Steuern für die gut verdienenden Manager oder für Konzerne erhöht werden.

Der Fehler in dem Angebot einer Volksabstimmung zur „Schuldenbremse" liegt genau hier. Das Volk soll sich selbst beschränken. Wer aber vom Volk wissen will, ob es keine neuen Staatsschulden will, der sollte dieses Volk auch fragen, wie es sich die Einnahmen des Staates vorstellt, ob es damit zufrieden ist, dass eine Handvoll Menschen Millionen und Milliarden scheffelt und die Mehrheit der Menschen eigentlich immer ärmer wird.

Ich persönlich bin für eine Bremse in der Staatsverschuldung. Die Einsparungen müssten dann aber gerecht verteilt werden und die Steuern für Besserverdienende müssten angehoben werden, um die „kleinen Leute" zu entlasten. So wie es jetzt aussieht, werde ich bei der Volksabstimmung gegen eine „Schuldenbremse" in der Hessischen Verfassung stimmen. Norbert Weinbach

Nicht nur den Garten winterfertig machen

Gute Tipps vom Offenbacher „Umweltrolf", auch zum Klimaschutz

Bei frostfreiem Wetter können wir beginnen, die Obstbäume zu schneiden und einjährige Triebe der gewünschten Sorten als Veredelungsreiser schneiden und an geschützter Stelle im Garten trocken einzuschlagen. Mit einiger Erfahrung ist es nicht schwer, mehrere Apfel- oder Birnensorten auf je einen einzigen Baum zu pfropfen. Noch ein Hinweis für Gartenfreunde: Mit Netzschwefel oder „Soprol" ist dem Mehltau vor allem jetzt leicht der Garaus zu machen.

Immer wieder kann man im Spätsommer lesen, dass man alle sieben Jahre mit einem strengen Winter rechnen könne. Diese Rechnung ist bisher nicht aufgegangen und wird wohl auch nicht aufgehen, abgesehen von einigen mittelstarken Frösten. Einen strengen Winter hatten wir erst dieses Jahr 2009/2010. Die in den vergangenen Jahren regelmäßig Anfang Oktober registrierten Frostnächte, haben sich verschoben. Kapriolen hat das Wetter schon immer geschlagen, seit Jahrhunderten.

Allerdings hat die Menschheit in den vergangenen Jahrzehnten derart Raubbau an der Natur getrieben, dass Klimaverschiebungen nicht nur voraussehbar, sondern unausweichlich sind. Demzufolge wird das eine Extrem das andere jagen, von Trockenheit und Unwetter bis hin zu Sturmböen und Orkanen. Eines der Erfordernisse, dies einzudämmen, ist unter anderem die Erhaltung des Regenwaldes.

Rolf Degenhard, heute Pensionär, in seiner aktiven Zeit bekannt als „Umweltrolf". nw

Umweltkriminalität bekämpfen

Auf einem anderen Blatt stehen Maßnahmen, keine Schadstoffe ins Grundwasser gelangen zu lassen, die Luft nicht zu verunreinigen, die Beseitigung von Sonderabfällen streng zu kontrollieren und zu verhindern, dass die auf dieser Schiene laufende organisierte Kriminalität weiter zunimmt. Zur Verhinderung und Verfolgung dieser Straftaten haben wir als Polizeibeamt/innen einen Generalauftrag. Der muss, nach meiner Meinung, Priorität haben, da zum Beispiel bei Grundwasserverunreinigungen tausende oder gar Millionen von Menschen geschädigt werden können.

Während immer wieder von „Umweltsündern" zu hören ist, sollte man besser von „Umweltkriminellen" sprechen, da die Natur in der Regel aus Gewinnsucht zerstört wird. Gerade jetzt zur Weihnachtszeit sollte man darauf aufmerksam machen.

Und wenn ihr zu dem bevorstehenden Weihnachtsfest erkennt, dass ihr mal selbst einen Beitrag für die Umwelt leisten könnt, egal wie, dann habt ihr nicht nur ein Kompliment verdient, sondern auch die besten Wünsche auf ein ruhiges Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Euer Umweltrolf

Skat-Turnier 2010 der Kreisgruppe Groß-Gerau

„Rolf Büttner Gedächtnispokal"

Das diesjährige Skat-Turnier fand wie gewöhnlich in unserer GdP-Kooperationsgaststätte „Zur Krone" in Rüsselsheim-Königstädten am 5.11.2010 statt. Der Castor Einsatz konnte unser traditionelles Turnier nicht gefährden, so dass 14 Skat-Spieler um die tollen Preise spielten.Der erste Preis war ein Rundflug über den Rheingau, der zweite Preis ein Mediamarkt- Gutschein in von Höhe von 40,— und der dritte Preis eine hochwertige Teeauslese mit Zubehör. Unter den Trostpreisen hatten wir verschiedene Tank- und Mediamarkt – Gutscheine, diverse Spirituosen und Kisten Bier, sowie Polizeiteddys und Ausweismäppchen für die neuen Dienstausweise.

Ralph Cezanne endlich wieder auf Erfolgskurs

Der Dauerverlierer oder besser der Dauer-Gurkenglas-Gewinner, Ralph Cezanne, besser bekannt als „Gonzo" von der PSt. Rüsselsheim hatte dieses Jahr von Gurken die Schnauze voll. Er gewann mit 1259 Punkten den ersten Preis! Herzlichen Glückwunsch nochmals. Den zweiten Platz belegte unser Pensionärskollege Herbert Witteborg, gefolgt von unserem Kollegen Werner Demel. Werner befindet sich auch seit diesem Jahr im Ruhestand.

1. Bis 3. Platz: V.l.n.r. Marius Hilge (Vorstandsmitglied), Herbert Witteborg, , Ralph Cezanne, Werner Demel, Toni

Rolf-Büttner- Gedächtnispokal

Der Sieger gewinnt ebenfalls einen Wanderpokal. Der Kreisgruppenvorstand hat diesen Wanderpokal in Andenken an unseren verstorbenen Kollegen und Freund Rolf Büttner nach ihm benannt. Als am Abend diese Entscheidung offiziell verkündet wurde, merkte man unter den Anwesenden viele positive Reaktionen. Ein großer Dank geht an Jürgen Führer der als Bundesskatspieler und Bundesskatschiedsrichter die Organisation übernommen hatte. Antonio Pedron